



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

PERSPEKTIVEN RUSSISCHER POLITIK

■ VON DER REDAKTION			
На дачу – in die Sommerpause	2		
■ ANALYSE			
Logik der Konfrontation: das interne Motiv Fjodor Lukjanow, Moskau	2		
■ KOMMENTAR			
Wie weiter mit Moskau? Gedanken zu einer realistischen Russlandpolitik des Westens	6		
Markus Wehner, Berlin			
■ UMFRAGE			
Russen über die internationale Rolle ihres Landes	8		
■ ANALYSE			
Was will die russische Elite? Andrei Yakovlev, Moskau	10		
■ UMFRAGE			
Spannungen innerhalb der Gesellschaft Unternehmer	13		
Wahlprognosen und Einschätzung der Wahlen	16		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS			
Endspurt der Duma vor den Wahlen: Antiterror-Gesetz und Vorratsdatenspeicherung	19		
Sergey Medvedev, Berlin / Moskau			
■ NOTIZEN AUS BREMEN			
Ein Obskurant und Philanthrop Die Geschäfte des Herrn Wladimir Iwanowitsch Jakunin	21		
Hans-Henning Schröder, Bremen			
■ CHRONIK			
1. – 14. Juli 2016	26		

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 321 – erscheint voraussichtlich am 22. September 2016. Sie wird sich mit den Dumawahlen am 18. September 2016 befassen. Ferner planen wir Hefte zum Zustand der Zivilgesellschaft und zur Lage der Medien in Russland. Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Julia Glathe, Sergey Medwedew, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

Logik der Konfrontation: das interne Motiv

Fjodor Lukjanow, Moskau

Zusammenfassung

Die Integration Russlands in den westlichen Orbit ist misslungen. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass der Zeitraum ungefähr von 2001 bis 2006 die Hochzeit eines Ansatzes war, in dessen Zentrum das Bestreben stand, Teil eines »erweiterten Westens« zu werden. Diese Politik ist gescheitert. Die NATO findet heute in der Bedrohung durch Russland eine neue Daseinsberechtigung.

Allerdings war zu diesem Zeitpunkt bereits klargeworden, dass ein Eintritt Russlands »in den Westen« nicht die Aufgaben lösen würde, die die Führung Russlands sich vorgenommen hatte. Die Integration Russlands in die globale Wirtschaft fand zwar statt, allerdings auf höchst spezifische Weise. Das Land hat die negative Seite der Globalisierung in vollem Umfang zu spüren bekommen. Ein Vierteljahrhundert nach dem radikalen Wandel in Europa und der Welt ist die Führung Russlands zu dem Schluss gekommen, dass der Weg der Offenheit, den man in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Michail Gorbatschows beschritten hatte, nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat. Es lässt sich konstatieren, dass das Vierteljahrhundert »ohne Konfrontation« vorbei ist. Doch eine Imitation des Kalten Krieges wird keines der Probleme lösen, wegen derer sie veranstaltet wird. Äußere Bedrohungen können nur vorübergehend (wenn überhaupt) jene tiefen Spaltungen in der Gesellschaft übertünchen, die praktisch überall in der Welt bestehen; Spaltungen, die auf die widersprüchlichen Folgen der Globalisierung zurückzuführen sind.

Russland und der Westen

Der NATO-Gipfel in Warschau wurde mit besonderer Spannung erwartet: Allein der Tagungsort war schon symbolhaft. Vor 25 Jahren hatte ein Rivale der NATO, der – wegen des Ortes der Unterzeichnung des Bündnisvertrags – nach der Hauptstadt Polens benannt worden war, offiziell seine Existenz beendet. Die westliche Allianz hatte einen glatten Sieg errungen: Der Gegner löste sich selbst auf. Anschließend folgte eine lange Reise des nordatlantischen Blocks auf der Suche nach einer neuen Mission und einer neuen Rolle in der Welt. Als Zwischenergebnis wurde eine Mission gefunden, und die stellte sich als die alte heraus. Das Militärbündnis, das als Widerstand gegen eine sowjetische Bedrohung ins Leben gerufen worden war, fand in der Antwort auf eine Bedrohung durch Russ-

land, den Rechtsnachfolger der UdSSR, seine erneuerte Daseinsberechtigung.

Moskau wiederum widerspricht nicht. Das Land hat die gleichen 25 Jahre (mit schwindendem Eifer) versucht, einen Platz im westlichen Orbit einzunehmen, Teil eines Systems zu werden, das die USA weltweit und die EU und NATO europaweit errichten. Für das Misslingen dieses Projektes gibt es viele Gründe; am häufigsten wird auf externe Gründe verwiesen: Auf den Unwillen, mit Russland wie mit einem Gleichberechtigten umzugehen; auf die Expansion der westlichen Institutionen mit dem Ziel einer »Aneignung« des sowjetischen Erbes, in deren Verlauf die Einwände Moskau als traurige Reminiszenzen aus der Vergangenheit wahrgenommen wurden; und schließlich auf die Wandlung der NATO von einem reinen Verteidigungsbündnis aus der Zeit des Kalten Krie-

ges zu einem Block, der regelmäßig Kriege führt. Allerdings bestehen auch interne Faktoren.

Die Philosophie der Offenheit und der maximalen Kooperation mit der ganzen Welt, die vom letzten Sowjetführer Michail Gorbatschow verkündet worden war, hat nicht zu einem nachhaltigen und erfolgreichen Entwicklungsmodell geführt. Der Zusammenbruch der UdSSR, das drastische Absinken des internationalen Status, die langwährende soziale, wirtschaftliche und politische Krise Russlands, die zu einem stärkeren Rückgang und Schwund der Volkswirtschaft geführt haben als selbst während des Zweiten Weltkrieges, das Entstehen eines oligarchischen Systems, das von der Bevölkerungsmehrheit als ungerecht wahrgenommen wird – das alles hat eine höchst spezifische Haltung zur Idee einer Verwestlichung entstehen lassen, und zwar trotz des Umstandes, dass die politische Führung des Landes bis zum Beginn der heißen Phase der Ukraine-Krise 2014 insgesamt nicht von der Logik einer Westintegration abrückte (auch wenn die Bedingungen, denen die russische Führung zustimmte, sich natürlich mit der Zeit änderten).

Der Gerechtigkeit halber sei angemerkt, dass es nach dem Kalten Krieg eine Zeit gab, in der Russland die Vorteile offener Beziehungen zum Westen nutzte, nämlich die erste Hälfte der 2000er Jahre. Damals war es Wladimir Putin gelungen, die Lage nach dem Chaos der 1990er zu stabilisieren, das System der staatlichen Verwaltung wiederherzustellen und dadurch das Interesse eines Teils der westlichen Unternehmerschaft zu wecken. Die Auswirkungen der Rubelabwertung von 1998 in Kombination mit dem beginnenden Ölboom schufen attraktive Voraussetzungen; Russland kam als ein »emerging market« in Mode. Diese Zeit war darüber hinaus durch eine höchst ambitionierte Agenda für die Beziehungen zum Westen gekennzeichnet: Zusammenarbeit mit den USA bei der Terrorbekämpfung, Erörterung »Gemeinsamer Räume« mit der EU, und sogar vorsichtige Hinweise auf ein mögliches Interesse Russlands an einer NATO-Mitgliedschaft. Die Wiederherstellung der Wirtschaft Russlands und die hohen Wachstumsraten in jener Zeit sind zum Teil auf diese günstigen Umstände zurückzuführen.

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass der Zeitraum ungefähr von 2001 bis 2006 die Hochzeit eines Ansatzes war, in dessen Zentrum das Bestreben stand, Teil eines »erweiterten Westens« zu werden. Das Bestreben war groß: Nicht einmal Erschütterungen wie der Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag, der US-amerikanische Einmarsch in den Irak oder die »farbigen« Revolutionen in Georgien und der Ukraine, die in Moskau mit großer Empfindsamkeit wahrgenommen wurden, konnten den Zug nicht zum Entgleisen bringen. Zum

Kulminationspunkt wurde der G8-Gipfel 2006 in St. Petersburg: Russland wurde formell als vollwertiges Mitglied des elitären Klubs anerkannt (auch wenn ein solcher Schritt für die Bereiche Finanzen und Wirtschaft ausblieb und zwar über die gesamte G8-Mitgliedschaft Russlands, die bis 2014 andauerte).

Die innere Dimension russischer Außenpolitik

Allerdings war zu diesem Zeitpunkt bereits klageworden, dass ein Eintritt Russlands »in den Westen« nicht die Aufgaben lösen würde, die die Führung Russlands sich vorgenommen hatte. Russland wurde – zum Teil wegen seiner objektiven wirtschaftlichen Lage, teils aus politischen Gründen – in der Welt nur als Rohstoffquelle betrachtet, als ein Markt, als bestenfalls zweitrangiges Glied in der Produktionskette.

Nicht Russland als Staat integrierte sich in die globale Umgebung, sondern das oberste Segment der russischen Gesellschaft. Die reale politische Ausgestaltung einer Mitgliedschaft des Staates Russland im »elitären Klub« blieb hingegen aus (genauer gesagt erfolgte sie nur formal, nämlich durch die Teilnahme an den Gipfeltreffen der G8). Die führenden westlichen Mächte betrieben die Umsetzung ihrer Agenda und nahmen dabei die Unzufriedenheit Moskaus nicht ernst (NATO-Erweiterung, Demokratieförderung im Nahen Osten, Expansion des Geltungsbereichs von EU-Normen usw.). Versuche Russlands, einen vollwertigen Anschluss an moderne Technologien herzustellen, stießen auf offene Gegenwehr (Weigerung von »General Motors« der russischen »Sberbank« den Autohersteller »Opel« zu verkaufen).

Die Integration Russlands in die globale Wirtschaft fand zwar statt, allerdings auf höchst spezifische Weise. Das Land hat die negative Seite der Globalisierung in vollem Umfang zu spüren bekommen: Es fand sich in einer ernsthaften Abhängigkeit von der Außenkonjunktur wieder, auf die es im Prinzip nicht Einfluss nehmen konnte. Aus seiner Position in der globalen Umgebung Nutzen zu ziehen (wie es China lange Zeit getan hat) hat es im Großen und Ganzen nicht gelernt. Gleichzeitig erfolgte innerhalb der Gesellschaft eine Spaltung in eine »fortgeschrittene« Minderheit, die sich an dem globalen Umfeld orientiert, und eine »nationale« Mehrheit. Das trat besonders markant 2011/2012 zu Tage, als die hauptstädtische *creative class* gegen die Rückkehr Wladimir Putins als Präsident Russlands aufbegehrte, wie auch gegen den Abschied Dmitrij Medwedew, der zuvor für eine gewisse Zeit das »integrierte« Russland verkörpert hatte.

Im Winter 2011/2012 bekam es Putin mit dem gleichen Phänomen zu tun (natürlich in einer charakteristisch russischen Variante), dem sich heute die herr-

schende Klasse des Westens gegenübersteht, nämlich der Kluft zwischen einer immer stärker kosmopolitischen Elite und dem Volk, das nach wie vor den lokalen Wurzeln verbunden ist und sich vor der Außenwelt fürchtet. Während jedoch in Großbritannien (Brexit), den USA (Trump, Sanders) und den Staaten Kontinentaleuropas (allerorts populistische Parteien) ein Aufstand der Massen stattfindet, die ihre Politiker nicht mehr verstehen, war es in Russland vor viereinhalb Jahren anders herum. Damals erhob der internationalisierte Teil des Establishments seine Stimme; diese Menschen waren unzufrieden, dass das politische System hinter ihren Ansprüchen zurückblieb. Putin hat mit der »Rochade« und seinem anschließenden Vorgehen eine Wahl zugunsten der Mehrheit getroffen und sich (und somit auch die Maschine des russischen Staates) der einflussreichen Minderheit entgegengestellt, die sich an der Außenwelt, genauer: am Westen orientiert. Somit erfolgte die ursprüngliche Legitimierung der dritten Amtszeit Wladimir Putins als Präsident vor dem Hintergrund einer unverhohlenen Ablehnung der Figur Putin durch die gesamte westliche Gemeinschaft. Die Kombination dieser Umstände (die konzeptuelle Entscheidung Putins zugunsten der »antiglobalistischen« Mehrheit in Russland und die feindliche Einstellung der USA und der EU hinsichtlich seiner Rückkehr auf den Thron) ist zum inneren Keilriemen der Konfrontation geworden, die nach dem Beginn der Ukraine-Krise ihren Höhepunkt erreichte.

Ein Wechsel der russischen Politik

Ein Vierteljahrhundert nach dem radikalen Wandel in Europa und der Welt ist die Führung Russlands zu dem Schluss gekommen, dass der Weg der Offenheit, den man in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Michail Gorbatschows beschritten hatte, nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat. Russland ist es weder gelungen, einen gehörigen Platz in der Welt einzunehmen, noch, ein nachhaltiges und aussichtsreiches Entwicklungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft auszuarbeiten. Im Grunde haben 25 Jahre Transformation in eine Sackgasse geführt. Ein weiteres Argument für eine Absage an dieses Modell liegt in der Überzeugung, dass das globale System in eine Transformationsphase eingetreten ist, und dass die Philosophie der universellen Offenheit von einem Protektionismus neuer Qualität abgelöst wird: Standards, Megablöcke, das Primat der Unternehmensinteressen gegenüber den staatlichen (das kommt vor allem in Initiativen wie dem TTIP oder der Transpazifischen Partnerschaft (TTP) zum Ausdruck). Es ist eine Ironie des Schicksals, dass sich diese Ansicht zu einem Zeitpunkt herausbildete, als Russland – nach 18 Jahren qualvoller Verhandlungen – der WTO bereits beigetreten war.

Die Welle der neuen Souveränitätsbestrebungen, die durch die Welt geht, trifft in Russland auf einen Staat, der von Souveränität und Sicherheit besessen ist, und in dem die Traditionen einer offenen Gesellschaft fehlen. Historisch gesehen hat Modernisierung in Russland zu keiner Zeit unter Bedingungen stattgefunden, die volle Offenheit und gegenseitigen Austausch bedeuteten. Modernisierung stützte sich in Russland stets auf die Entlehnung von Elementen ausländischer technologischer und wirtschaftlicher Ordnungen; und sie wurde immer auf Initiative der Regierung und unter deren penibler Aufsicht unternommen. In der Vergangenheit verlangte das ein praktisch totalitäres Regierungssystem; im heutigen Russland ist ein solches zum Glück nicht möglich. Daher ist die Führung des Landes bestrebt die aus ihrer Sicht richtigen Entwicklungsbedingungen dadurch zu erreichen, dass das Niveau von Offenheit oder Verschlussenheit über den Versuch gesteuert wird, äußere Einflüsse auf die eigene Gesellschaft zu regulieren. Dieser Kurs ist von Wladimir Putin sofort nach seiner Entscheidung von 2011 über seine Rückkehr auf den Präsidentenposten eingeschlagen worden; er lässt sich deutlich durch die Serie seiner Wahlkampfartikel im Januar und Februar 2012 nachvollziehen.

Die Notwendigkeit, der inneren Entwicklung neue Impulse zu verleihen – als Putin auf den Präsidentenposten zurückkehrte, war in Russland Menschen mit ganz unterschiedlichen Einstellungen klar, dass sich das bisherige Modell erschöpft hat – wie auch die schwieriger werdende internationale Lage setzten dann den wichtigsten Mechanismus zur Konsolidierung Russlands in Gang, nämlich die Betonung einer äußeren Bedrohung. Die Ukraine-Krise, die durch den hartnäckigen Wunsch der EU provoziert wurde, Kiew über ein Assoziierungsabkommen in ihren normativen Orbit aufzunehmen, schuf die gesamte für diese Konsolidierung notwendige »Infrastruktur«. Und der NATO-Gipfel 2016 in Warschau rundete das Bild ab.

Aussichten auf ein Ende der neuen Konfrontation?

Am Vorabend des Gipfels, auf dem praktisch das »Containment« Russlands als Hauptaufgabe des Bündnisses verkündet wurde, hat es ein wichtiges Ereignis gegeben, das nur am Rande wahrgenommen wurde. Wladimir Putin kam bei seinem Besuch in Helsinki mit seinem finnischen Amtskollegen Sauli Niinistö überein, Flüge von Kampfflugzeugen mit ausgeschalteten Transpondern über der Ostsee zu untersagen. Sofort nach seiner Rückkehr erließ Putin eine entsprechende Anweisung an den Verteidigungsminister (der diese umgehend ausführte, indem er einen Befehl an die Luft- und Weltraumstreitkräfte gab) und erörterte diese Frage auf einer

Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Insofern besteht die Hoffnung, dass die Reihe von Zwischenfällen mit Flugzeugen und Schiffen von Russland und der NATO, die im letzten Jahr zu einer gefährlichen Routine geworden sind, ein Ende findet.

Bedeutet dies, dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen eine Chance auf Besserung haben? Wohl nicht, da eine Vereinbarung über ein Einschalten von Transpondern keine Annäherung ist, sondern eher eine Feststellung der Konfrontation bedeutet, nämlich das endgültige Eingeständnis, dass Russland und die NATO sich gegenseitig als Gegner wahrnehmen. Und wenn denn die Konfrontation zweier mächtiger Militärmaschinen stattfindet, dann muss das, so besagen es die Lehren des Kalten Krieges, ernst genommen und die »größte Vorsicht« geübt werden, wie es in dem 1972 unterzeichneten Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Vermeidung von Zwischenfällen auf und über Hoher See geschrieben steht. Seit Beginn der 1990er Jahre sind die Regeln zur Steuerung der Konfrontationsrisiken allmählich auf null zurückgefahren worden, da sie nicht mehr als notwendig betrachtet wurden. Das Leben jedoch zeigt nun, wie sehr sie vonnöten sind.

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels bestätigen, dass die Rückkehr zur »guten alten« Mission des Containment Russlands tatsächlich stattgefunden hat und insgesamt innerhalb der Allianz keine besonderen Meinungsunterschiede hervorruft. Das ist nicht darauf zurückzuführen, dass in der NATO ausnahmslos alle Moskau als Quelle der größten Bedrohung sehen, eher ist das Gegenteil der Fall: die arithmetische Mehrheit der Mitgliedsstaaten verhält sich Russland gegenüber gleichgültig. Die westlichen Staaten (von denen die meisten Mitglied sowohl der NATO als auch der EU sind) haben jetzt dermaßen viele innere Probleme, dass für eine Beruhigung der nervösen osteuropäischen Bündnispartner und einen Aufbau der schwierigen nuancierten Beziehungen zu Russland einfach keine Zeit ist und

es an Kraft und intellektuellen Möglichkeiten mangelt. Also ist es sehr viel einfacher, zu einem wohlbekanntem Paradigma zurückzukehren, zumindest so lange, bis die Knoten aus Widersprüchen sich auf irgendeine Art von innen gelöst haben.

Somit schließt sich der Kreis: Beide Seiten haben gewichtige interne Gründe, sich auf eine Konfrontation zu verlegen. Die Führung Russlands hofft auf diese Weise, ein neues Entwicklungsmodell zu formulieren und ihr Setzen auf die Mehrheit zu legitimieren. Im Westen ist das Motiv merkwürdigerweise sehr ähnlich. Die Häufigkeit, mit der die Erwähnung von Putin in den Kampagnen und Wahlkämpfen der »Parteien des Establishments« (Cameron und sein Lager in Großbritannien, Clinton in den USA) gegen die »Aufrührer« eingesetzt wird, ist erstaunlich: Die Figur Putin wird als Instrument zur Einschüchterung der Wähler benutzt, damit diese nicht vom Mainstream abweichen.

Wie dem auch sei – es lässt sich konstatieren, dass das Vierteljahrhundert »ohne Konfrontation« vorbei ist. Eine Imitation des Kalten Krieges wird keines der Probleme lösen, wegen derer sie veranstaltet wird. Äußere Bedrohungen können nur vorübergehend (wenn überhaupt) jene tiefen Spaltungen in der Gesellschaft überbrücken, die praktisch überall in der Welt bestehen; Spaltungen, die auf die widersprüchlichen Folgen der Globalisierung zurückzuführen sind.

Die Risiken sind dennoch groß, da selbst eine nur erdachte, künstliche Konfrontation ihre Logik hat und zur Eskalation neigt. Daher wird die Aufgabe der politischen Führer für die nächste Zukunft in einem Risikomanagement bestehen, das neu erlernt werden muss. Es ist gefährlich, wenn sich das Bestreben, den jeweils anderen zu beeindrucken, in eine systematische Militarisierung und in einen neuen Rüstungswettlauf verwandelt. Angesichts der realen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wäre das zudem völlig sinnlos.

Über den Autor

Fjodor Lukjanow ist Chefredakteur der Zeitschrift »Russia in Global Affairs«, Vorsitzender des Rates für auswärtige und Verteidigungspolitik sowie Forschungsprofessor an der Higher School of Economics Moskau.

Lesetipp

Lukyanov, Fyodor : Putin's Foreign Policy: The Quest to Restore Russia's Rightful Place, in: Foreign Affairs, 95.2016, Nr. 3 (Mai/Juni); <<https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2016-04-18/putins-foreign-policy>>.

Wie weiter mit Moskau?

Gedanken zu einer realistischen Russlandpolitik des Westens

Markus Wehner, Berlin

Der Charakter des russischen Herrschaftsmodells

Die Debatte um eine neue Russlandpolitik ist hierzulande in vollem Gange. Die einen warnen davor, Russland in die Enge zu treiben, mahnen Kompromissbereitschaft an und kritisieren, wie kürzlich Außenminister Frank-Walter Steinmeier, das Säbelrasseln der Nato. Die anderen betonen, dass ja Russland in der Ukraine der Aggressor sei und der Westen allenfalls angemessen, wenn nicht gar zu schwach auf die militärischen und außenpolitischen Provokationen Moskaus reagiere. Auch über die Frage, ob die Sanktionen gegen Russland weiter aufrechterhalten werden sollen, wird weiter gestritten. Der folgende Beitrag versucht ein paar Linien zu skizzieren, die bei der Formulierung einer Politik des Westens, Europas und Deutschlands gegenüber dem heutigen Russland beachtet werden sollten.

Für eine realistische Russlandpolitik ist entscheidend, wie der Charakter des heutigen Herrschaftsmodells in Russland bewertet wird. Die letzten Jahre haben gezeigt: Der russische Präsident Wladimir Putin ist ein autoritärer Herrscher, der den Westen verachtet und für Russland ein ganz anderes Entwicklungsmodell als das westliche verfolgt. Der Westen wollte das lange nicht sehen, stattdessen wurde weiter von einer »strategischen Partnerschaft« mit Moskau gesprochen. Die Bundesregierung und auch die EU haben lange an der Vorstellung gehalten, Russland könne mit einer Modernisierungsagenda oder einem Wandel durch Verflechtung zu einem weniger autoritären Kurs bewegt werden. Diese Sichtweise war trügerisch. Es war ein Fehler, nach dem Georgien-Krieg 2008 an diesen überholten Konzepten festzuhalten. Zwar handelt es sich um eine Spekulation zu sagen, bei einer anderen, härteren Reaktion des Westens hätte Russland sich nicht in das Krim-Abenteuer gestürzt und den hybriden Krieg in der Ukraine nicht gewagt. Doch ist es offensichtlich, dass Putin und die russische Führung auch nicht mit einer einheitlichen Reaktion des Westens und insbesondere der EU gerechnet haben.

Russland will den Westen schwächen ...

Im Umgang mit Russland ist Nüchternheit angesagt. Ein beliebter Satz, den deutsche Politiker, nicht zuletzt Sozialdemokraten, lieben, lautet: »Ohne Russland geht es nicht«. Doch er führt nicht weiter. Es stimmt zwar: Gemeinsam mit Russland lassen sich globale Probleme besser lösen. In vielen Fragen wird das aber – leider – mit

der heutigen russischen Führung nicht gehen. Darauf, dass Russland Verträge und Absprachen einhält, kann der Westen nicht mehr vertrauen. Sicherheit und Stabilität müssen teilweise ohne Russland gesucht werden.

Mehr noch. Spätestens mit der dritten Amtszeit von Putin als Präsident ist klar geworden: Russland will den Westen schwächen und die Europäische Union spalten. Dafür unterstützt der Kreml die europafeindlichen extremistischen Kräfte in Europa, die Rechts- und Linkspopulisten, und alle, die gegen ein geeintes Europa kämpfen. Der Kreml versucht, die westliche Öffentlichkeit gegen die EU aufzubringen und deren Schwächen auszunutzen – Schwächen, wie sie sich im Umgang mit der Flüchtlingskrise und in der Asylpolitik ganz offenbar zeigen. Dafür setzt Moskau nicht nur Mittel der Propaganda, sondern auch der Desinformation ein. Viele EU-Staaten, etwa die baltischen Staaten, Finnland oder Polen, haben das schon lange erlebt. In Deutschland ist erst in jüngster Zeit, nicht zuletzt durch den Fall des angeblich vergewaltigten russlanddeutschen Mädchens Lisa, klar geworden, wie skrupellos Moskau dabei vorgeht, Stimmung gegen die EU zu machen. Im Falle Deutschlands bedeutet das auch, dass Moskau Kampagnen gegen die Regierung Merkel und gegen die Bundeskanzlerin als Regierungschefin des stärksten EU-Staats unterstützt. Es spricht also viel dafür, dass Moskau einen neuen kalten Krieg gegen den Westen führt. Die Methoden der Einflussnahme, Propaganda und Desinformation sind vielfach die gleichen wie vor 1990, auch wenn sich das politische Umfeld und – in Zeiten der Digitalisierung – die technischen Mittel gewandelt haben. Der Westen muss geschlossen und selbstbewusst auf diesen zweiten kalten Krieg reagieren. Er muss Russland gelassen, aber unmissverständlich klarmachen, dass er seine Interessen und Werte verteidigt.

Sich der Herausforderung Russland stellen

Die russische Führung begründet ihre Politik damit, dass Russland sich nur zur Wehr setze. Sie sieht den Westen als Kraft, die einen Regimewechsel in Russland herbeiführen will. Der Westen sollte dem Kreml klarmachen, dass er dieses Ziel nicht verfolgt. Dass es gelingt, Putin von dieser paranoiden Sicht abzubringen, ist allerdings nicht wahrscheinlich. Im Gegenteil müssen wir davon ausgehen, dass die Spielräume für Diplomatie nicht größer werden. Das autoritäre russische Regime wird sich eher weiter verhärten. Die Gruppe um Putin wird alles tun, um an der

Macht zu bleiben. Russland wird daher eine anhaltende Herausforderung für den Westen und die EU bleiben.

Zu dieser Herausforderung gehört auch, sich auf die wiedergewonnene militärische Stärke Russlands einzustellen. Europa muss sich gegen mögliche russische Aggressionen schützen. Nato und EU müssen bereit sein, militärisch zu antworten, wenn ihr Gebiet betroffen ist – sie müssen glaubhaft machen, dass das für alle ihre Mitglieder gleichermaßen gilt. Wenn eine Aggression etwa in Estland, Lettland oder Litauen erfolgt, muss der Westen reagieren. Verteidigungsfähig zu sein bedeutet auch, dass Europa sich auf Szenarien hybrider Kriege und bewaffneter lokaler Konflikte einstellen muss. Was die Nato derzeit unternimmt, ist deshalb das Mindeste, was angesichts der Annexion der Krim und des Kriegs in der Südostukraine angemessen ist.

Es braucht eine klare Haltung

Dass Europa mit Russland in Frieden leben will, ist selbstverständlich. Friedenswille und Dialogbereitschaft dürfen aber nicht dazu führen, das aggressive Vorgehen Russlands zu bemänteln oder zu ignorieren. Europa muss erkennen, dass es auf die Konfrontation mit einem rein machtpolitisch agierenden Russland bisher schlecht vorbereitet ist. Es muss auch auf den nichtmilitärischen Feldern, auf denen Russland die Auseinandersetzung mit dem Westen führt, mehr als bisher tun. Das heißt: Viele europäische Staaten müssen stärker gegen russische Spionage vorgehen und ihre Spionageabwehr stärken. Zugleich müssen sie sich gegen Cyber-Angriffe besser wappnen – der erfolgreiche Angriff russischer Hacker auf den Bundestag sollte ein Weckruf sein. Der russischen Propaganda sollte Europa Information und Aufklärung entgegenzusetzen.

Eine klare Haltung braucht es auch weiterhin, wenn es um die Krim und den Krieg im Osten der Ukraine geht. Der Westen darf die Annexion der Krim nicht akzeptieren und die Separatistenrepubliken Luhansk und Donezk nicht anerkennen. Jede andere Haltung würde bedeuten, dass Russland im postsowjetischen Raum nach Gutdünken schalten und walten kann. Sanktionen sind keine Strategie. Aber sie sind ein Instrument, um auf die aggressive russische Politik zu reagieren. Gleichzeitig wäre es naiv zu glauben, dass die Sanktionen unmittelbar eine Änderung der russischen Außenpolitik bewirken. Es ist also unrealistisch zu erwarten, dass Russland die Krim zurückgibt oder sich aus der Ukraine ganz zurückzieht. Was die Ukraine selbst angeht: Die EU sollte Kiew weiter stützen, dabei aber entschiedener auf einen Reformkurs und die Entmachtung der Oligarchen dringen. Der Ukraine sollte eine engere Anbindung an die EU ermöglicht werden. Die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sollte auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein.

Dialog mit Russland

Natürlich muss weiter mit Russland geredet werden. Trotz aller Differenzen muss der Westen den Dialog mit Moskau führen und nach Kompromissen suchen. Kompromissbereitschaft wird allerdings vom Kreml schnell als Schwäche ausgelegt. In der russischen Politik herrscht ein Denken in Sieg und Niederlage vor, eine Kultur des Kompromisses ist schwach ausgebildet. Deshalb muss der Westen Härte und Standhaftigkeit unter Beweis stellen. Das bedeutet allerdings nicht, den anderen in eine Situation zu bringen, die er als ausweglos oder demütigend ansieht. Russlands Sicherheitsbedenken, vor allem gegenüber der Nato, mögen aus westlicher Sicht unberechtigt sein, außer Acht lassen sollte der Westen sie aber nicht. So könnte der Westen in der Frage des Raketenabwehrschirms Moskaus Bedenken Rechnung tragen.

Eine Partnerschaft mit Russland, wie sie lange beschworen wurde, wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Europa sollte Russland aber nicht vollständig isolieren. Und die EU sollte ihre eigene Politik gegenüber Moskau formulieren. Die Interessen Europas unterscheiden sich, wenn es um Russland geht, innerhalb der EU von einem Land zum anderen. Die baltischen Staaten und Polen haben aus ihrer historischen Erfahrung ein hohes Sicherheitsbedürfnis gegenüber dem großen Nachbarn im Osten. Die Südeuropäer streben eine engere Zusammenarbeit mit Moskau an. Damit Russland Europa nicht spalten kann, ist es notwendig, eine EU-Strategie gegenüber Moskau zu entwickeln. Hier kommt es nicht zuletzt auf Deutschland an, das die Befürchtungen der Polen und Balten versteht, aber auch enge Verbindungen zu den südeuropäischen Ländern hat. Eine Sonderbeziehung Berlins zu Moskau, wie sie Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Putin pflegte, sollte indes der Vergangenheit angehören.

Diese Politik Europas gegenüber Russland würde in Teilen kongruent mit der Politik Washingtons sein, in anderen Teilen aber nicht. Für die Vereinigten Staaten hat Russland derzeit keine Priorität. Die Regierung von Barack Obama beschränkt sich auf die absolut notwendigen Bereiche, in denen eine Abstimmung mit Moskau notwendig ist, vor allem in Syrien. Eine neue amerikanische Regierung wird wahrscheinlich eine härtere Gangart gegenüber Moskau einschlagen. Unabhängig davon hat Europa wirtschaftlich und politisch in der Beziehung zu Russland zum Teil andere und größere Interessen als die Vereinigten Staaten.

Über den Umgang mit einem Halbstarke

Trotz des harten Kurses Moskaus muss der Westen Geduld mit Russland haben, ohne falsche Nachsicht zu üben. Russland, die geschrumpfte einstige Supermacht,

leidet unter einem postimperialen Syndrom. Es braucht Zeit, dieses Trauma zu verarbeiten. Es ist wie ein pubertierender Junge, der den Halbstarke gibt, um seine eigene Unsicherheit und seine Minderwertigkeitskomplexe zu überspielen. Man muss diesen Jungen verstehen, ihm helfen, erwachsen zu werden. Aber auch ein solcher Junge kann gefährlich werden, wenn man ihm nicht rechtzeitig Grenzen setzt. Europa sollte die realistischen Kräfte in der russischen Politik und Zivilgesellschaft stützen, die den jetzigen Kurs für den Weg in eine Sackgasse halten und die sich für einen demokratischen Wandel und eine gesellschaftliche Modernisierung in Russland einsetzen. Dabei muss klar sein, dass der Kreml Anstrengungen des Westens, diese Kräfte zu stärken, enge Grenzen setzen wird.

In Russland haben heute die Leute aus dem Geheimdienst und dem Militär das Sagen. Sie haben im Innern die Daumenschrauben angezogen, sie schwören die Bevölkerung auf einen antiwestlichen Nationalismus ein. Offensichtliche Meinungsverschiedenheiten und Schwächen Europas wird Russland ausnutzen. Das ist eine Gefahr für den Bestand des in Turbulenzen geratenen europäischen Einigungsprojekts. Europa hat diese Gefahr lange ignoriert. Das Beste anzunehmen mag sympathisch sein. Aber es ist naiv und gefährlich, die Augen vor einer Gefahr zu verschließen, statt Selbstbehauptung zu üben. Nur wenn der Westen das gegenüber Russland tut, wird er seine Ordnung verteidigen können.

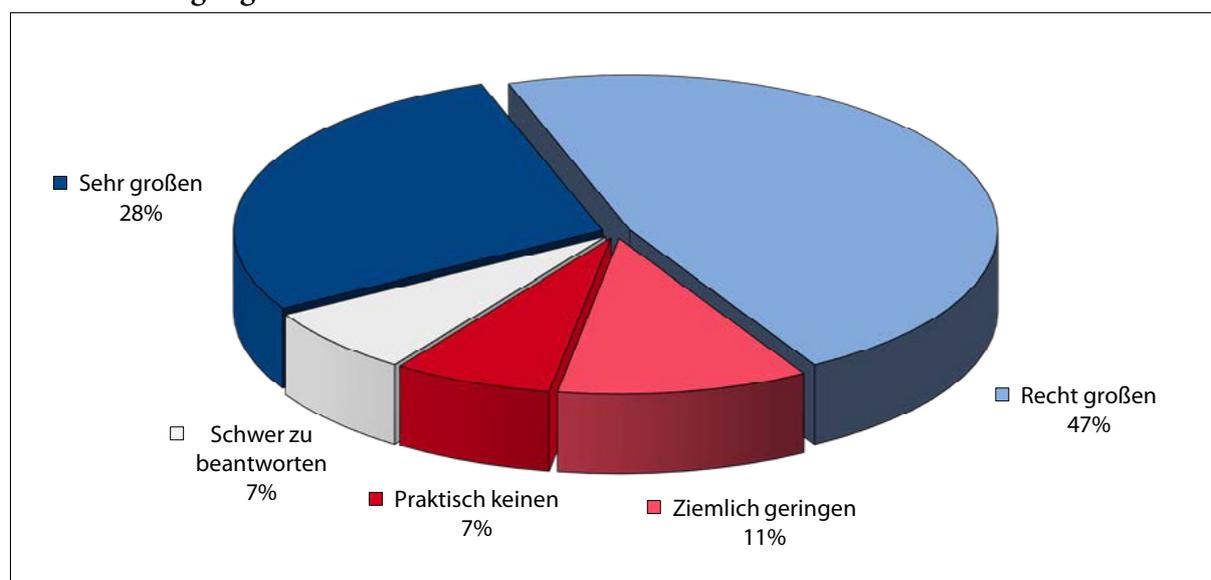
Über den Autor

Markus Wehner (1963) ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin. Er hat Osteuropäische Geschichte, Politik und Slawistik studiert und war von 1999 bis 2004 Korrespondent der FAZ in Moskau. Kürzlich ist von ihm erschienen: Putins Kalter Krieg. Wie Russland den Westen vor sich hertreibt (Droemer Knauer, München 2016).

UMFRAGE

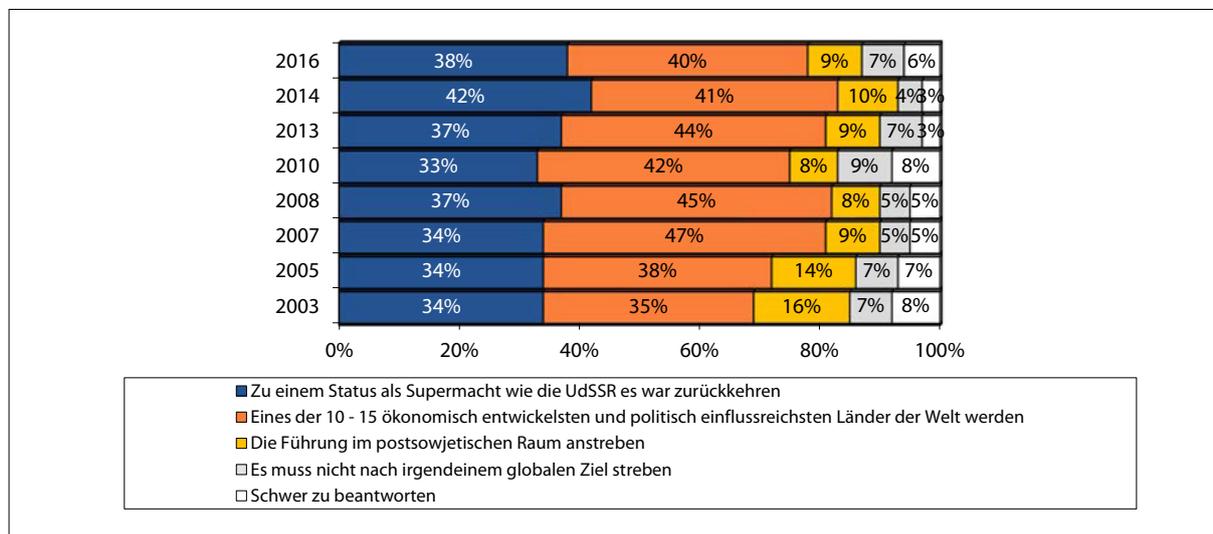
Russen über die internationale Rolle ihres Landes

Grafik 1: Was denken Sie, welchen Einfluss besitzt Russland gegenwärtig in internationalen Angelegenheiten?



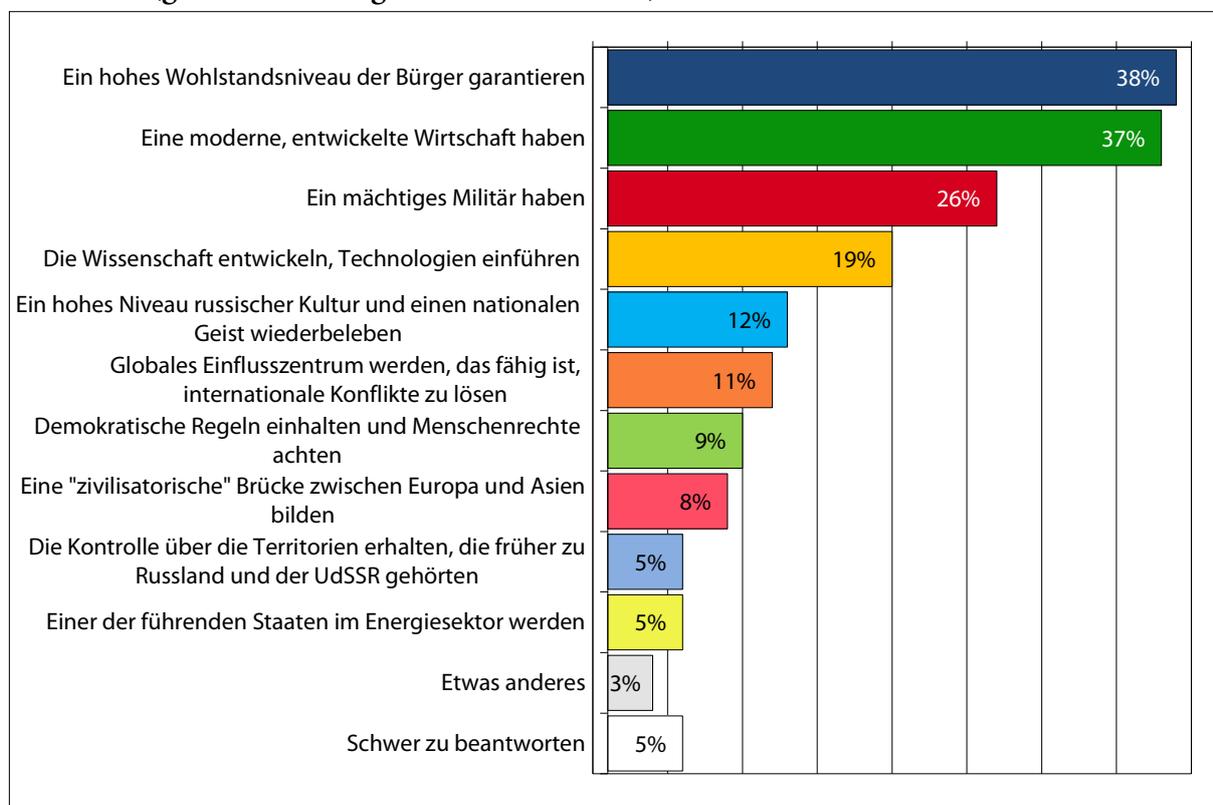
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5.6.2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115728>>, 11.6.2016

Grafik 2: Was denken Sie, welche Ziele sollte Russland im 21. Jahrhundert anstreben?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.-5.6.2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115728>>, 11.6.2016

Grafik 3: Was sollte Russland leisten, um als Großmacht zu gelten? (geschlossene Frage, max. 2 Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.-5.6.2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115728>>, 11.6.2016

Was will die russische Elite?

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Das Grundproblem der aktuellen russischen Diskussion über den wirtschaftspolitischen Kurs besteht darin, dass sowohl Liberale wie Konservative sich nicht der Frage stellen, welches Wirtschaftsmodell sie eigentlich umsetzen wollen – und ob dieses den Realitäten entspricht. Weder der »liberale Markt« noch das staatsgeleitete Steuerungsmodell können überzeugen. Daher ist eine offene wirtschaftspolitische Diskussion notwendig, in der sich beide Seiten der Kritik stellen. Die liberale Seite müsste die Frage beantworten, was Russland der Welt und dem Weltmarkt eigentlich zu bieten hat, die konservative, die auf Abschottung und Importsubstitution setzt, müsste erklären, wen Russland tatsächlich wobei einholen könnte.

Es würde allen Beteiligten der aktuellen Wirtschaftsdiskussionen gut anstehen, einige Schritte zurückzugehen und sich über einige grundlegendere Fragen zu verständigen – um dann zu einem Verständnis zu gelangen, was die Eliten Russlands eigentlich aufzubauen versuchen. Falls die Beteiligten dann zu diesem oder jenem Kompromiss gelangen, könnte es möglicherweise gelingen, ein realistisches Maßnahmenprogramm für die Wirtschaftspolitik zu formulieren.

Welche Ziele soll Wirtschaftspolitik verfolgen?

Am 25. Mai 2016 fand eine Sitzung des Präsidiums des Wirtschaftsrates beim Präsidenten der Russischen Föderation statt, auf der die vom Stolypin-Klub, vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und von der Kudrin-Gruppe ausgearbeiteten Wirtschaftsprogramme erörtert wurden – die Diskussion hinterließ einen ambivalenten Eindruck. Einerseits ist es gut, dass »auf höchster Ebene« unter persönlicher Beteiligung Wladimir Putins nun endlich andere Wirtschaftsstrategien diskutiert wurden. Das ist auch deshalb wichtig, da in den letzten Jahren eine Reihe sehr wichtiger Entscheidungen ohne eine Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Folgen getroffen wurden. Hierzu sei lediglich auf die Feststellung der Ersten stellvertretenden Finanzministerin, Tatjana Nesterenko, verwiesen: »Das Finanzministerium wurde nicht gefragt, wieviel die Entscheidung zur Krim kosten wird« (s. »Forbes«, 05.03.2015; <<http://www.forbes.ru/forbes-woman/karera/281919-minfin-ne-sprashivali-vo-skolko-oboidetsya-reshenie-po-krymu>>). Andererseits lässt einen die Ansammlung von Ideen, die in den erörterten Programmen enthalten sind, an den bekannten Ausspruch Winston Churchills über Generäle denken, die sich stets auf den vergangenen Krieg einstellen – mit dem einzigen Unterschied, dass es sich hier um Generäle der Wirtschaftspolitik handelt.

Meiner Ansicht nach liegt das Problem bei allen drei vorgelegten Programmen darin, dass in keinem von ihnen klar und deutlich die letztendlichen Ziele der zu verfolgenden Wirtschaftspolitik formuliert sind, weder in der Formel einer »nachhaltigen Gewährleistung des Wirtschaftswachstums« und einer »Erhöhung des Lebensstandards«, noch in der Formel eines Wirtschafts-

und Gesellschaftsmodells, das uns als Orientierung dienen würde. Schließlich ist es so, dass Wirtschaftspolitik immer ein Instrument zur Umsetzung bestimmter Ziele ist. Und bevor man die »Instrumente« diskutiert, muss man sich untereinander darauf verständigen, was die Eliten letztendlich aufbauen wollen.

Die Kudrin-Gruppe und das liberale Programm

Meinem Verständnis nach gehen Alexej Kudrin und der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Uljukajew innerlich davon aus, dass man nach wie vor eine offene liberale Volkswirtschaft aufbauen müsse, in der Privatunternehmen – auch ausländische Firmen – der wichtigste Motor sind. Und die Ressourcen für Investitionen würden diese Unternehmen unter anderem auf den globalen Finanzmärkten gewinnen. Das offensichtliche Problem dieses Ansatzes besteht darin, dass in Russland bereits versucht wurde, eine solche Wirtschaft aufzubauen, der Prozess aber ganz eindeutig nicht zu seinem logischen Abschluss gebracht wurde. Wobei auch klar ist, warum dies nicht erfolgte: wegen der geringen Qualität der Institutionen (vor allem der staatlichen) und wegen des hierdurch fehlenden Vertrauens der Unternehmen wie auch der Bevölkerung in die Wirtschaftspolitik, die verfolgt wird. Wenn in diesem Bereich keine radikalen Veränderungen erfolgen, dann ist unklar, wie ein erneuter Versuch, einen »liberalen Markt« zu schaffen zu den gewünschten Ergebnissen führen soll.

Es besteht aber ein noch grundlegenderes Problem für die Vorschläge aus dem liberalen Lager: Die Welt ist nach 2014 eine andere geworden. Die Angliederung der Krim und der bewaffnete Konflikt im Osten der

Ukraine haben die Beziehungen Russlands mit den entwickelten Ländern radikal beeinträchtigt und einen *point of no return* markiert. Selbst wenn der Westen morgen formal alle Sanktionen aufheben sollte (was nur schwer vorstellbar ist), blieben die informellen Barrieren für einen Zugang russischer Firmen zu Kapital und Technologien zweifellos bestehen, schlicht und einfach deshalb, weil Russland heute vom Westen als potenzieller Gegner wahrgenommen wird. Und das wird noch viele Jahre so bleiben.

Der Stolypin-Klub: Korruption ohne Diebstahl?

Die Urheber des Programms des »Stolypin-Klubs« sind sich anscheinend dieser Herausforderungen bewusst und setzen daher auf Modelle einer nachholenden Entwicklung. Dabei orientieren sie sich vielfach an den Erfahrungen der Länder Südostasiens (Südkorea, Taiwan, das heutige China), mit einer aktiven Rolle des Staates in der Wirtschaft, mit einer Stimulierung der Investitionen über Kreditemissionen usw. Allerdings wird dabei nicht berücksichtigt, dass für alle südostasiatischen Länder über viele Jahre hinweg ein hoher Grad der wirtschaftlichen Abschottung kennzeichnend war. Genau genommen arbeitete man für den Export und maß den Erfolg der einheimischen Firmen an ihren Erfolgen auf den Außenmärkten. Gleichzeitig bestanden darüber hinaus Schutzzölle auf Importe. Und die einheimischen Finanzmärkte waren für Ausländer schlichtweg gesperrt. Zudem galten erhebliche Beschränkungen für den Devisenmarkt, durch die es einheimischen Firmen unter anderem verboten war, Devisen frei zu kaufen oder zu verkaufen. Eine Umsetzung der Vorschläge des »Stolypin-Klubs« wäre also nur dann mit positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung möglich, wenn gleichzeitig überaus strenge Maßnahmen zur Devisenkontrolle und zur Sperrung des Finanzmarktes für ausländische Akteure eingeführt würden. Das wird allerdings im Programm des Stolypin-Klubs in keiner Weise deutlich gemacht. Außerdem glaube ich nicht, dass die erfolgreichen mittleren Unternehmen, die zum Verband »Delowaja Rossija« gehören (der zu großen Teilen hinter den Vorschlägen des Stolypin-Klubs steckt), tatsächlich solche Einschränkungen für sich wünschen.

Auch hinsichtlich des Programms des Stolypin-Klubs besteht ein grundsätzliches Problem. Historisch zeigt die Erfahrung mit der Umsetzung einer aktiven Politik des Staates in der Wirtschaft, dass die Maßnahmen nur dann Erfolge zeitigten, wenn ein bestimmtes »Qualitätsniveau der Bürokratie« gegeben war. Selbst die erfolgreichsten südostasiatischen Länder waren nicht frei von Korruption: Generell ist zu beachten, dass Korruption für Länder charakteristisch ist, die auf Staats-

kapitalismus ausgerichtet sind. Doch erfolgte die »Rentenabschöpfung« in Korea, Taiwan oder dem heutigen China nicht dergestalt, dass der bewilligte Haushalt »verteilt« wurde (wie es für unseren Staatsapparat typisch ist), sondern dass die erzielten Gewinne geteilt werden. In diesem Zusammenhang sei an den bekannten Artikel von Shleifer und Visny aus dem Jahr 1993 erinnert, in dem die Modelle »Korruption mit Diebstahl« und »Korruption ohne Diebstahl« herausgearbeitet werden; in der Theorie wurde aufgezeigt, dass – bei allen Kosten, die Korruption verursacht – letzteres Modell für Wirtschaft und Gesellschaft einen erheblich geringeren Schaden mit sich bringt.

Die Erfahrung der südostasiatischen Länder zeigt, dass »Korruption ohne Diebstahl« mit einer erfolgreichen Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Staat vereinbar sein kann. In Russland dominiert bislang eindeutig »Korruption mit Diebstahl«, was mit Entwicklung in keinerlei Weise kompatibel ist. Daher ist für die Umsetzung jeder Wirtschaftsstrategie eine der zentralen Fragen, wie es um die »Qualität des Staates« bestellt ist und welche Stimuli das Handeln des Staatsapparates bestimmen. Diese Frage ist von keinem der im Mai vorgelegten Programme deutlich angesprochen worden.

Für einen öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs

Welche Alternative gibt es zu diesen Programmen? Ich habe keine Antwort auf diese Frage; meiner Ansicht nach kann eine Antwort nur aus einer öffentlichen Diskussion verschiedener Ideen und unterschiedlicher Ansätze erwachsen, an der Vertreter der diversen Interessengruppen beteiligt wären, die in Wirtschaft und Gesellschaft eine Rolle spielen.

Für eine solche Diskussion wäre wichtig, dass es einen »Auftraggeber« gibt, dass es seitens der Regierung einen Bedarf an den Ergebnissen der Diskussion gibt. Es sind bereits erste Anzeichen dafür zu erkennen. Nicht weniger wichtig wäre es, dass für eine solche Diskussion die richtigen Fragen gestellt werden. Eine dieser Fragen wäre an die Experten aus dem liberalen Lager adressiert, die für Offenheit eintreten: Wozu braucht die Welt Russland? Die geopolitischen Spannungen der letzten Jahre haben anschaulich gezeigt, dass Russland vom Weltmarkt abhängt, und in der heutigen Zeit ist kein Land der Welt in der Lage, eine solche Abhängigkeit zu überwinden. Gleichzeitig stehen alle Länder in einem harten Wettbewerb, nicht nur um Absatzmärkte, sondern auch um kulturellen und politischen Einfluss. Vor diesem Hintergrund muss klar sein, dass wir niemandem etwas schuldig sind, dass aber auch niemand dazu verpflichtet ist, uns zu mögen. Wenn wir also wol-

len, dass man uns nicht nur wegen der Atomsprengeköpfe beachtet, wäre es wichtig sich klar zu machen, was denn Russland nun der Welt eigentlich (an)bieten könnte, was die Welt nicht ausschlagen oder ablehnen kann. Allein auf einer solchen Grundlage ist ein Übergang von der Konfrontation zu einem Dialog und zu einer Rückkehr Russlands als wachsendes Element der globalen Wertschöpfungskette möglich. Die Anhänger der heute so populären Politik der Importsubstitution wiederum sollten sich die Frage stellen, wen Russland tatsächlich wobei einholen könnte.

Was die an diesem Prozess beteiligten Akteure anbelangt, so ruhte das Steuerungsmodell für die Wirtschaft und die Gesellschaft seit Anfang der 2000er Jahre auf Abmachungen zwischen drei Elitensektoren: der zentralen Bürokratie, den oligarchischen Unternehmen und den »Silowiki« (den Vertretern der »Machtbehörden«). Bis 2003 hatte zwischen ihnen ein relatives Kräftegleichgewicht bestanden. Nach der JuKOS-Affäre änderte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Zentralbürokratie und der Elite der Silowiki. Nach den Ereignissen 2011/12 dann wurden – aufgrund von Befürchtungen, dass sich in Russland das Szenario eines »Arabischen Frühlings« entwickeln könnte – die Silowiki zur dominierenden Elitengruppe. Darüber hinaus entstanden in den 2000er Jahren drei weitere einflussreiche soziale Gruppen: die mittelgroßen Unternehmer, die regionalen Bürokratien und die Eliten des öffentlichen Sektors. Diese Gruppen sind aufgrund des gewachsenen Binnenmarktes und gestiegener Haushaltsausgaben entstanden, sie sind sehr viel zahlenstärker. Diese Gruppen haben heute – anders als in den 1990er Jahren – etwas zu verlieren. Und gleichzeitig verstehen Angehörige dieser Gruppen es jetzt erheblich besser, wie man in der russischen

Realität arbeiten kann. Die Einbeziehung von Vertretern dieser neuen Gruppen in einen Dialog über die Entwicklungswege des Landes könnte eine wichtige Voraussetzung sein, um nach einem neuen Entwicklungsmodell zu suchen und Bedingungen für dessen Umsetzung in der Praxis herauszuarbeiten.

Und eine letzte Anmerkung: Es würde allen Beteiligten der aktuellen Wirtschaftsdiskussionen gut anstehen, einige Schritte zurückzugehen und sich über einige grundlegendere Fragen zu verständigen – um dann zu einem Verständnis zu gelangen, was die Eliten Russlands eigentlich aufzubauen versuchen. Die Erfahrung einer solchen Diskussion ist 1999–2000 auf der Plattform des »Zentrums für strategische Ausarbeitungen« (russ. Abk.: ZSR) gemacht worden, und jene Diskussionen (wie auch ein gewisser Konsens, der mehrfach in ihrem Verlauf erreicht wurde) haben meiner Ansicht nach in vielerlei Hinsicht den Charakter der Reformen und der Erfolge bei der Wirtschaftsentwicklung Anfang und Mitte der 2000er Jahre vorbestimmt. Das Projekt eines »ZSR 2.0«, wie es jetzt unter der Leitung von Alexej Kudrin gestartet wird, wird meinem Verständnis nach dann erfolgreich sein können, wenn die Plattform ZSR zur Basis einer Erörterung allgemeinerer Themen wird (über die »Wahl des Modells«), gleichzeitig die veränderten Realitäten berücksichtigt werden und neue Kategorien von Diskussionsteilnehmern hinzugezogen werden. Falls die Beteiligten dann zu diesem oder jenem Kompromiss gelangen, könnte es möglicherweise gelingen, ein realistisches Maßnahmenprogramm für die Wirtschaftspolitik zu formulieren.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

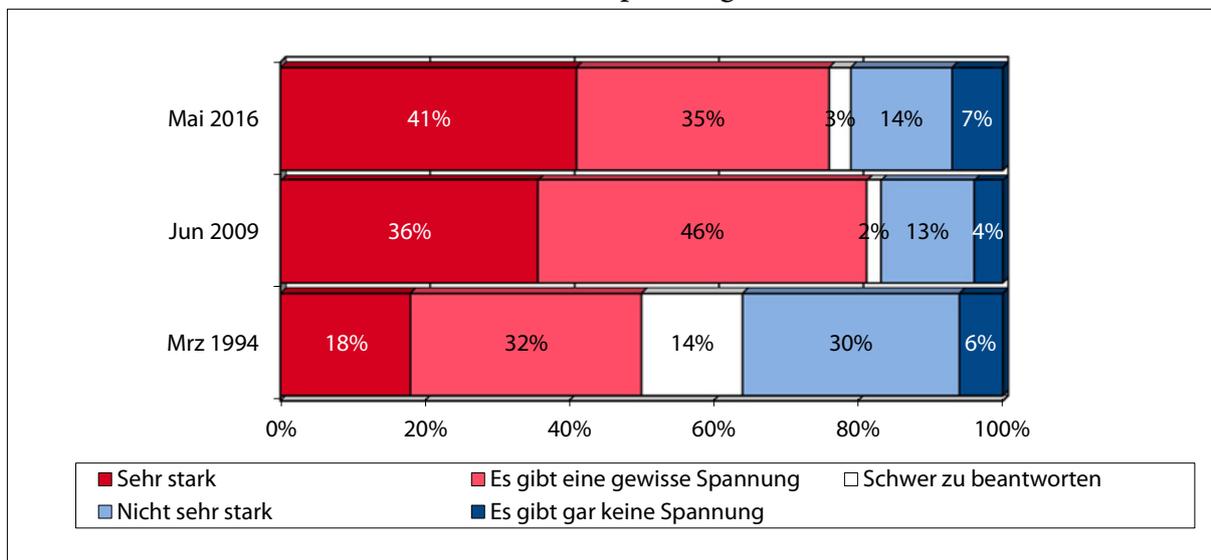
Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts Unternehmens- und Märkteanalysen der Higher School of Economics Moskau und Präsident des Verbandes unabhängiger Zentren für Wirtschaftsanalyse (ARETT).

UMFRAGE

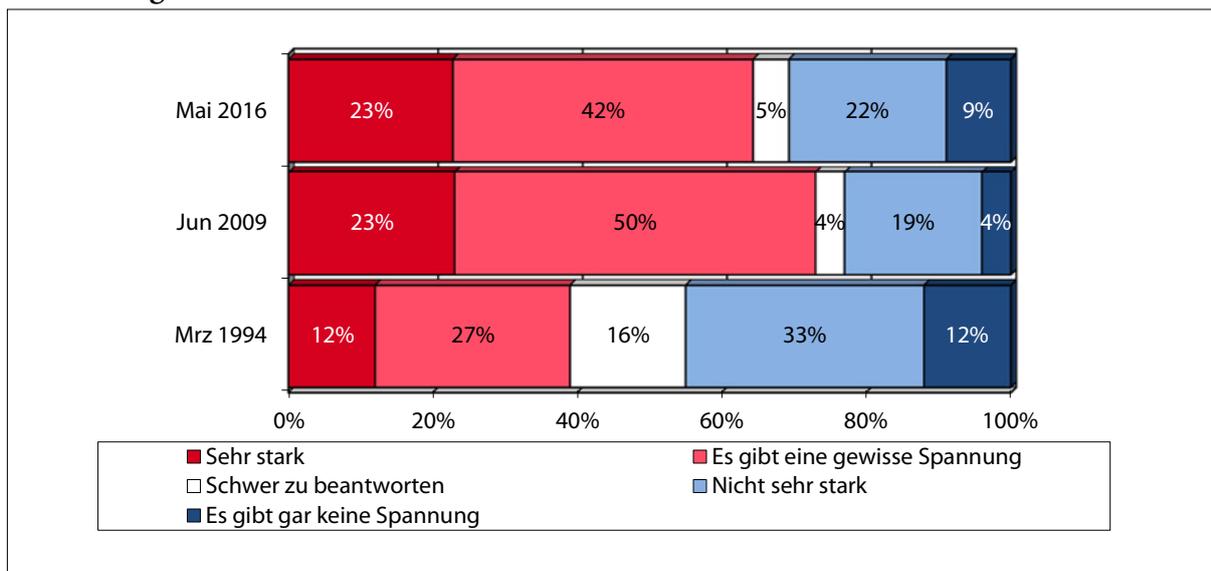
Spannungen innerhalb der Gesellschaft

Grafik 4: Wie stark ist derzeit in Russland die Spannung zwischen Armen und Reichen?



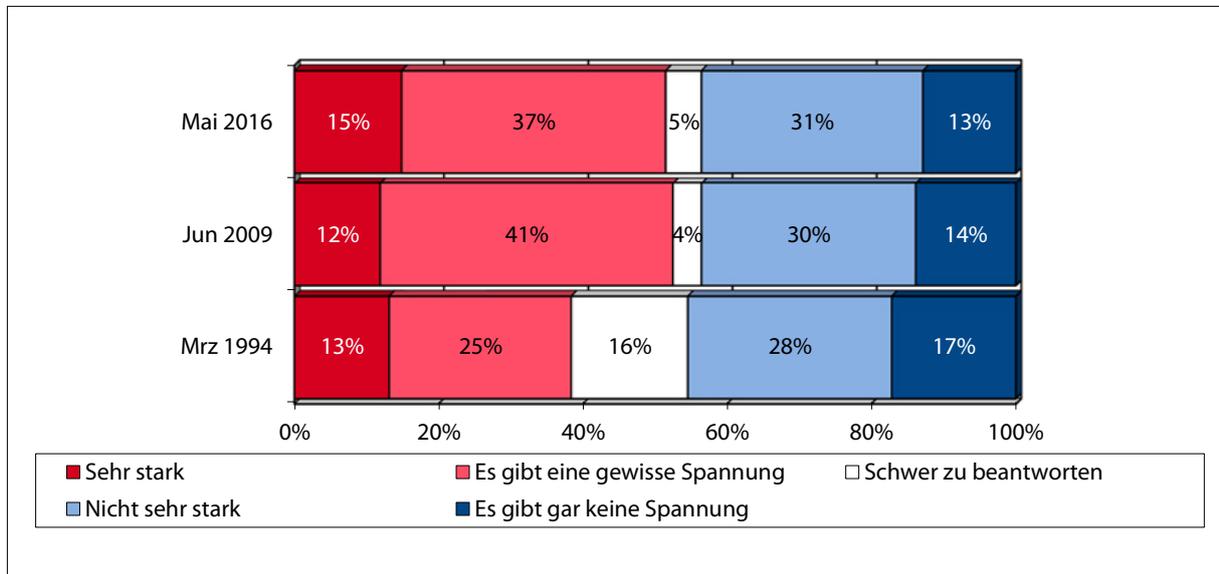
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30.5.2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/27/tochki-raznoglasij-v-obshhestve/>>, 28.6.2016

Grafik 5: Wie stark ist derzeit in Russland die Spannung zwischen den Unternehmensführungen und den normalen Arbeitern?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30.5.2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/27/tochki-raznoglasij-v-obshhestve/>>, 28.6.2016

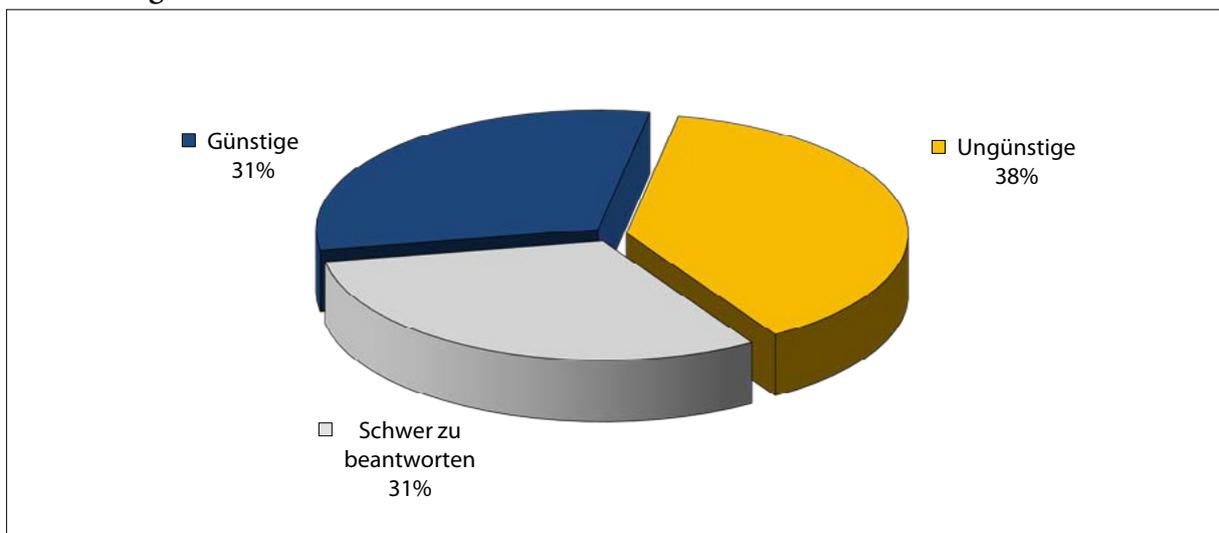
Grafik 6: Wie stark ist derzeit in Russland die Spannung zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30.5.2016, <<http://www.levada.ru/2016/06/27/tochki-raznoglasij-v-obshhestve/>>, 28.6.2016

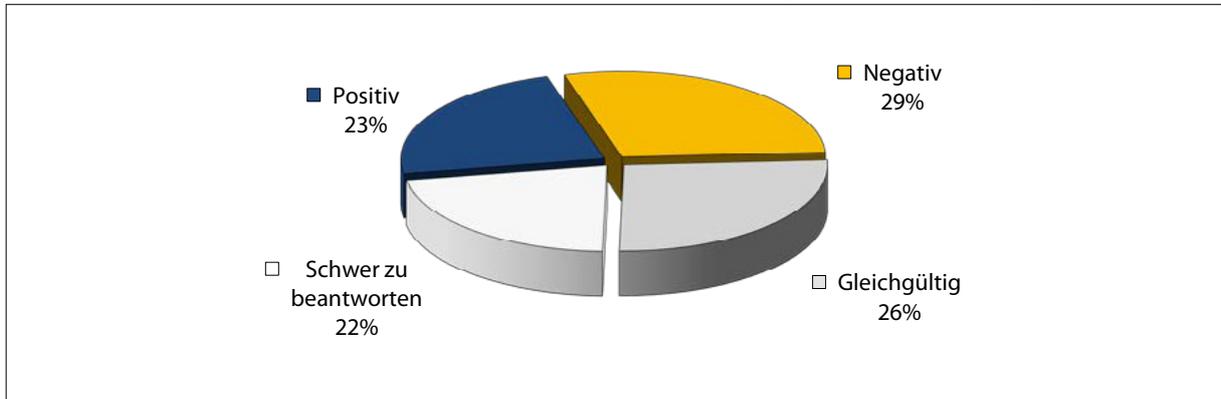
Unternehmer

Grafik 7: Was denken Sie, herrschen derzeit in Russland günstige oder ungünstige Bedingungen für Unternehmen?



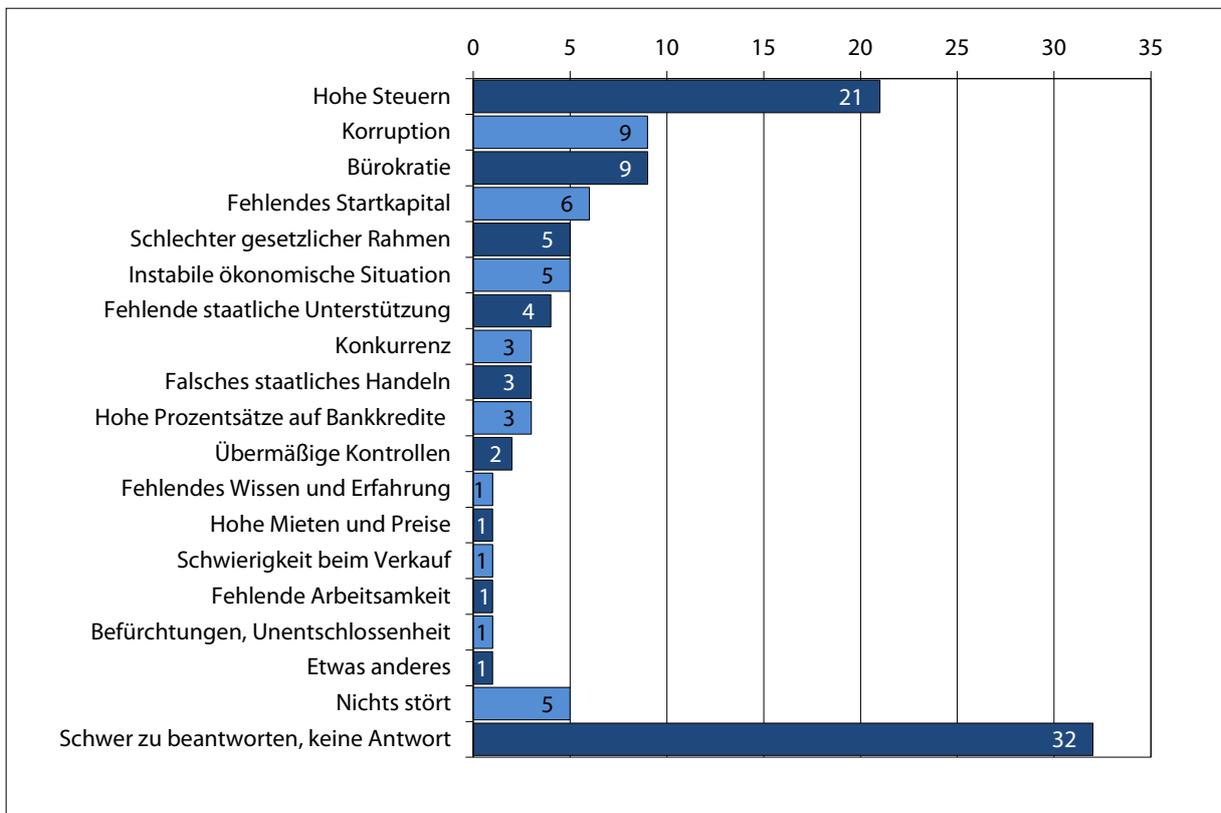
Quelle: Umfragen des FOM vom 10.–14.6.2016, <<http://fom.ru/Ekonomika/12735>>, 5.7.2016

Grafik 8: Derzeit werden Maßnahmen zur Milderung von Strafen auf ökonomische Verbrechen für Unternehmer diskutiert. Stehen Sie eher positiv oder eher negativ dazu?



Quelle: Umfragen des FOM vom 10.–14.6.2016, <<http://fom.ru/Ekonomika/12735>>, 5.7.2016

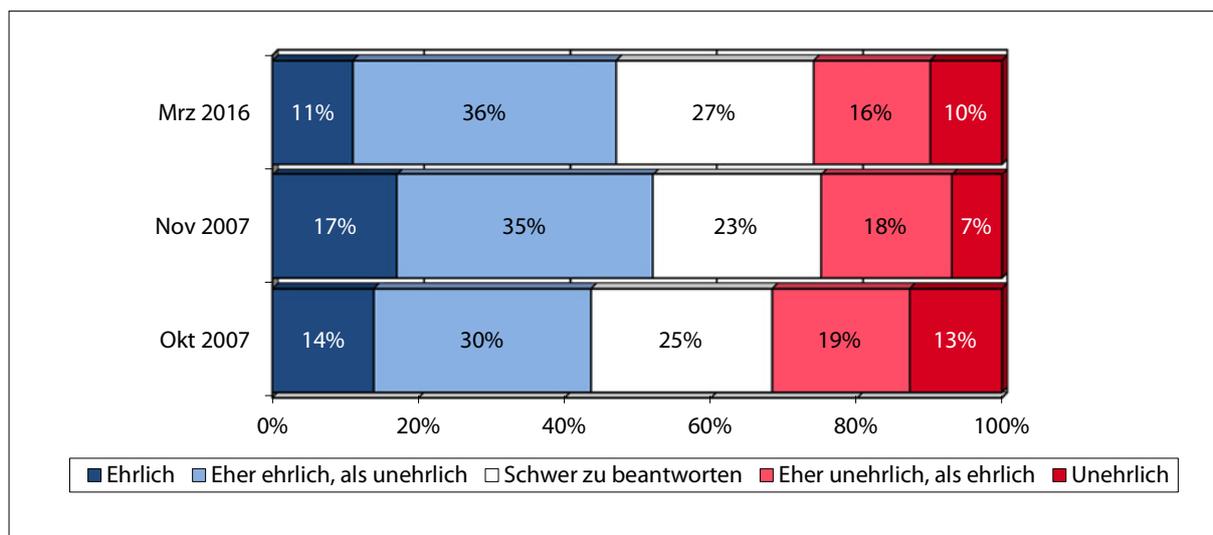
Grafik 9: Was denken Sie, was stört derzeit in erster Linie die Entwicklung von Unternehmen in Russland?



Quelle: Umfragen des FOM vom 10.–14.6.2016, <<http://fom.ru/Ekonomika/12735>>, 5.7.2016

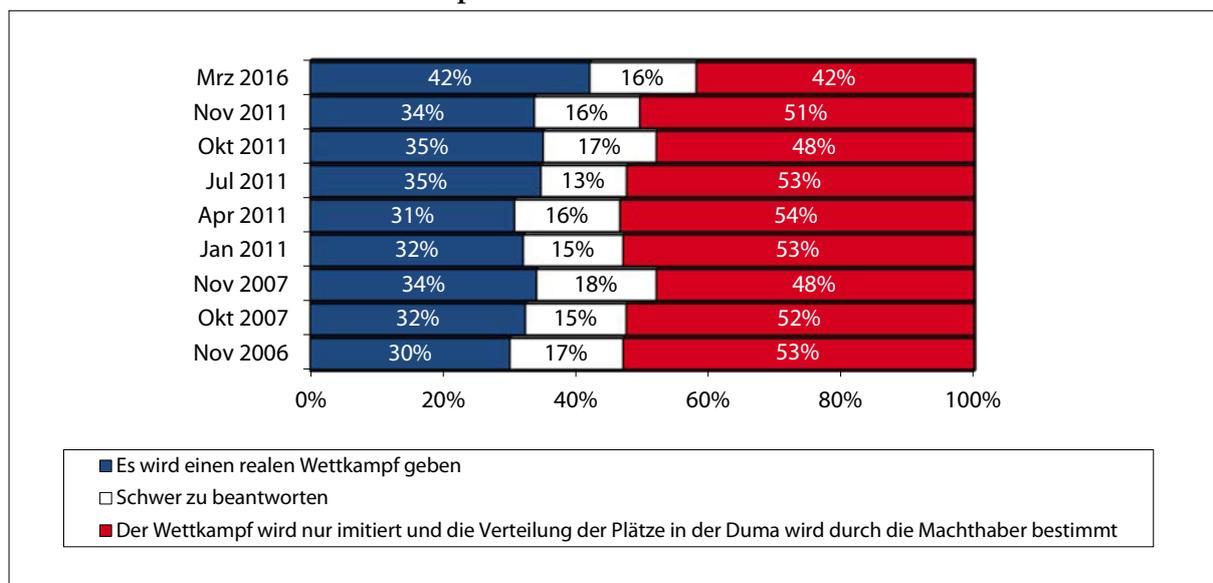
Wahlprognosen und Einschätzung der Wahlen

Grafik 10: Was denken Sie, werden die Wahlen zur Staatsduma ehrlich durchgeführt werden oder nicht?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28.3., 12.–15.2. und 27.–30.5. 2016, <<http://www.levada.ru/2016/07/01/predstavljeniya-o-legitimnosti-vyborov/>>, 1.7.2016

Grafik 11: Was denken Sie, wird es bei den anstehenden Wahlen zur Staatsduma einen realen Wettkampf der Parteien um die Macht und um einen Platz in der Duma geben oder wird solch ein Wettkampf nur imitiert?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28.3., 12.–15.2. und 27.–30.5. 2016, <<http://www.levada.ru/2016/07/01/predstavljeniya-o-legitimnosti-vyborov/>>, 1.7.2016

Tabelle 1: Probeabstimmung der Teilnehmer am »Prognosenmarkt«

Partei	%
Einiges Russland	18 %
LDPR	9 %
Jabloko	8 %
KPRF	5 %
PARNAS	4 %
Gerechtes Russland	2 %
Partei des Wachstums	2 %
Heimat	2 %
Bürgerplattform	1 %
Die Grünen	1 %
Kommunisten Russlands	1 %
Eine andere	3 %
Würde den Wahlzettel ungültig machen	4 %
Ich würde nicht abstimmen	7 %
Schwer zu beantworten	33 %

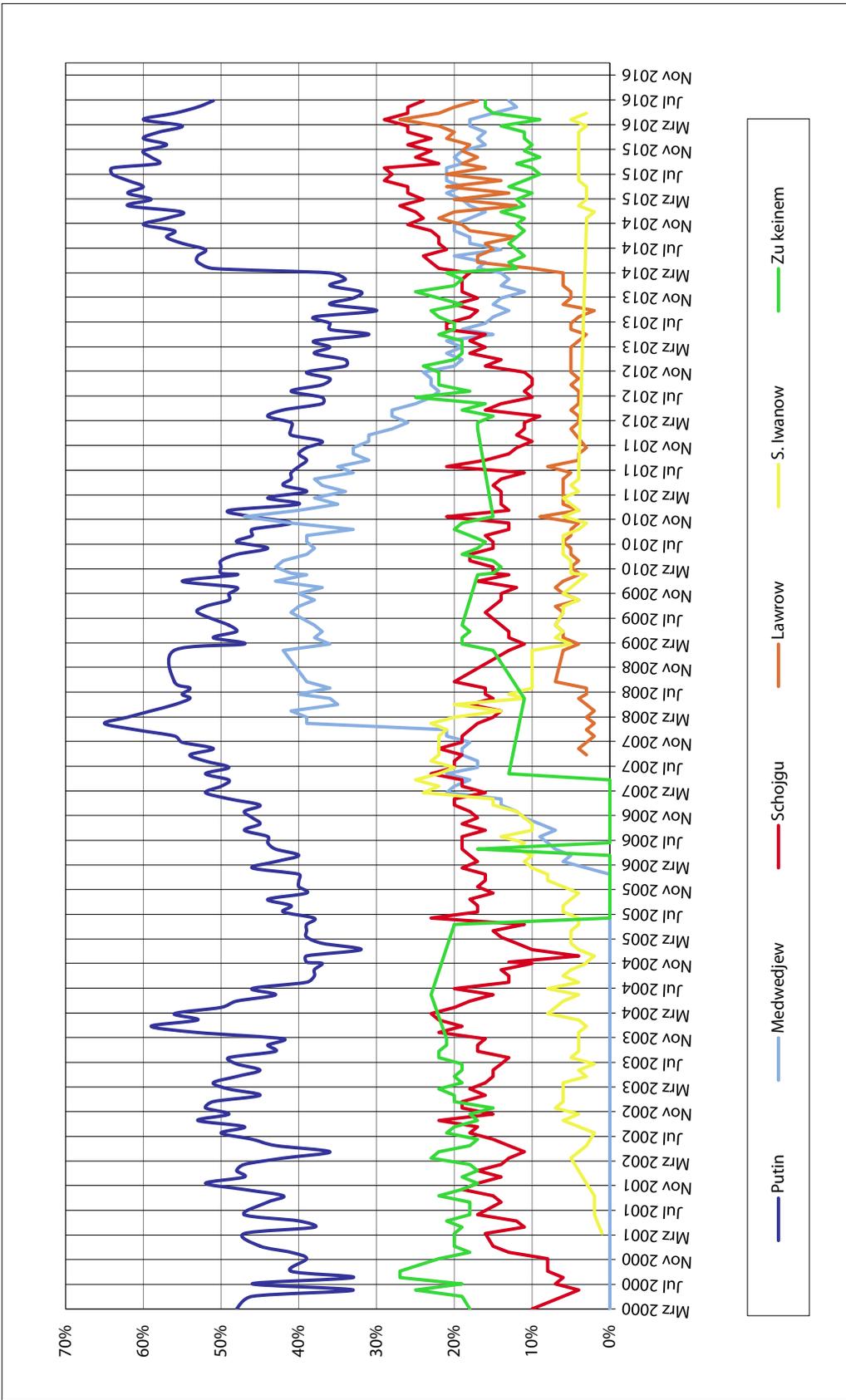
Quelle: Umfragen des WZIAM, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115764>>, 6.7.2016

Tabelle 2: Wahlprognose nach Angaben des Prognosenmarkt

Partei	Marktprognose 13.06.	Marktprognose 20.06.	Marktprognose 27.06.	Marktprognose 04.07.
Einiges Russland	46,4 %	52,2 %	51,9 %	50,6 %
KPRF	16,9 %	15,4 %	15,2 %	15,4 %
LDPR	9,6 %	10,7 %	10,7 %	10,8 %
Gerechtes Russland	9,9 %	8,7 %	9,2 %	9,9 %
Jabloko	5,6 %	3,4 %	3,5 %	4,3 %
Partei des Wachstums	2,5 %	2,6 %	2,1 %	2,8 %
Heimat	2,4 %	1,6 %	2,2 %	1,7 %
PARNAS	1,4 %	1,0 %	0,9 %	0,7 %
Patrioten Russlands	1,0 %	0,8 %	0,5 %	0,6 %
Die Grünen	0,8 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %
Kommunisten Russlands	0,3 %	0,5 %	0,3 %	0,3 %
Bürgerplattform	0,8 %	0,5 %	0,7 %	0,6 %
Für Gerechtigkeit	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %
Bürgerkraft	0,4 %	0,3 %	0,4 %	0,3 %
Eine andere	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Wahlzettel ungültig machen	1,5 %	1,2 %	1,4 %	1,2 %

Quelle: Umfragen des WZIAM, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115764>>, 6.7.2016

Grafik 12: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? (Populärheitswerte März 2000 – 2016 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Nach den Angaben auf der Homepage des WZIAM www.wciom.ru bzw. www.levada.ru

Endspurt der Duma vor den Wahlen: Antiterror-Gesetz und Vorratsdatenspeicherung

Sergey Medvedev, Berlin / Moskau

Am 7. Juli hat Präsident Wladimir Putin ein umstrittenes »Antiterror«-Gesetzespaket unterzeichnet, das die Duma am letzten Sitzungstag vor den Wahlen im September im Eiltempo verabschiedet hatte. Die Gesetzesänderungen verschärfen die meisten Paragraphen des Strafgesetzbuches für extremistische und terroristische Delikte und führen neue Strafen ein, so zum Beispiel für das Nicht-Anzeigen von schweren Verbrechen. Das »Antiterror«-Gesetzespaket war von der Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses Irina Jarowaja und dem Vorsitzenden des Sicherheits- und Verteidigungsausschusses des Föderationsrats, Viktor Osjorow, entworfen und mit den Stimmen der Fraktionen »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland« gebilligt. Die Kommunistische Partei und die LDPR stimmten dagegen. Das Gesetzespaket von Jarowaja und Osjorow (in Russland auch als Jarowaja-Paket bekannt) wurde auch von einigen »systemischen« Politikern kritisiert. Vor allem die Gesetzesänderungen zur Vorratsdatenspeicherung sorgten für Empörung, da sie den Geheimdiensten uneingeschränkten Zugang zu Telefonaten, E-Mails, Datenübertragung in sozialen Netzwerken und Messengerdiensten gewährt. Vertreter von Mobilfunk- und Internetanbietern sowie einige Beamte des Telekommunikationsministeriums warnten zudem vor einer Verdoppelung der Preise, da die Unternehmen dem neuen Gesetz zufolge die Kosten für die Speicherung des Datenverkehrs für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten tragen sollen. Die Autorin des Gesetzespakets weist in einem Interview mit dem russischen Nachrichtensender »Rossija 24« alle Vorwürfe zurück und betont, es seien viele falsche Informationen über das Gesetz im Umlauf gewesen. Die Gegner werfen dem Kreml hingegen vor, das Gesetz über Massendatenspeicherung schränke nicht nur die Rechte der Bürger ein, sondern sei auch aus technischen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich umzusetzen. Zu diesem Thema äußerten sich unter anderem der Duma-Abgeordnete Dmitrij Gudkow, der Chefredakteur von »Inliberty« Andrej Babitski, der Vorsitzende des Vereins »Offiziere Russlands« Anton Zwetkow und die Oppositionspolitiker Leonid Wolkow (»Vereinigung für Internetfreiheit«) und Alexej Nawalnyj (»Stiftung für Korruptionsbekämpfung«). Die meisten kremlnahen Experten und Politologen hielten sich bei diesem Thema auffällig zurück.

Jarowaja: Es wurden viele falsche Informationen und Lügen über das Gesetz verbreitet

»Das Gesetz schlägt nicht vor, Informationen zu speichern. Verstehen Sie das bitte. Ich möchte, dass die Bürger Russlands zu hören bekommen. Das Gesetz gibt der Regierung der Russischen Föderation nur das Recht, sich innerhalb von zwei Jahren entscheiden zu können: Soll etwas gespeichert werden oder nicht? In welchem Umfang? Welchen Teil der Informationen? Das heißt, das Gesetz reguliert diese Fragen überhaupt nicht. Das Gesetz legt nur die Befugnisse der Regierung fest, damit die sich entscheidet. Dabei beschränken wir die Regierung bei der Entscheidungsfindung dadurch, dass wir sagen: Wenn Sie Prozedere, Fristen, Bedingungen der Speicherung festlegen werden, darf die Entscheidung einen Zeitraum von 0 bis 6 Monaten betreffen. Das heißt, das können 12 oder 24 Stunden sein. Also sind das Fragen, die man berechnen und technisch sicherstellen muss. [...]

Deswegen ist eine andere Frage interessant. Ich habe z. B. darauf geachtet, wer die Quelle der Fehlinformationen ist. Das ist sehr interessant. Das beantwortet einiges. [...]

Das war Herr Gudkow, Ponomarjow, der Medschlis der Krimtataren, das war Herr Durow. Es ist für mich völlig klar, dass unsere Zielsetzung natürlich nicht mit deren Zielsetzung übereinstimmt. Weil das jene Leute sind, die in die USA fahren, um unser Land zu diskreditieren, und sich tatsächlich Mühe geben, um in Russland Sicherheitsfragen abzuwerten – wir haben eine andere Aufgabe. Und hier besteht eindeutig ein Unterschied der prinzipiellen Interessen. Deswegen glaube ich, dass diese systematische Desinformation, die organisiert wurden, um bei den Menschen die Illusion zu erzeugen, dass etwas teurer werden soll, dass es einen Zugang zu privater Information geben soll – das ist absolut nicht wahr.[...]

Irina Jarowaja am 5.7.2016 in einem Interview für »Rossija 24«; <<http://www.vestifinance.ru/articles/72602>>.

Gudkow: Willkommen in der neuen Welt mit teurem Internet, Gefängnissen für Kinder, totaler Überwachung und Haftstrafen fürs Nicht-Anzeigen.

»Das war's; Putin hat das Gesetzespaket von Jarowaja/Oschorow unterzeichnet. Sei begrüßt, schöne neue Welt mit teurem Internet, Gefängnissen für Kinder, totaler Überwachung und Haftstrafen fürs Nicht-Anzeigen.

Wer hatte daran gezweifelt, dass es so kommen wird – die »Sonderabgeordnete« Jarowaja bringt nicht einfach so Gesetze ein.

Ich sage nur eins: Wenn Sie nicht wollen, dass solche Gesetze entstehen, wenn Sie wollen, dass dieses Gesetz abgeschafft wird, dann gehen Sie zur Wahl. Eine andere Möglichkeit, das Leben im Lande in Ordnung zu bringen, haben wir nicht.«

Dmitrij Gudkow am 7.7.2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/dgudkov/posts/1166227776751994>>.

Babizkij: Träumerei von nationaler Sicherheit

»Das Gesetz über die Speicherung der Daten von Internetnutzern gehört zu denjenigen Gesetzen, die man nur als irgendein abgefahrenes Experiment deuten kann. Es ist derart grotesk, unbegründet und unerfüllbar, dass selbst die an alles gewöhnten Bürger Russlands sicher sind, dass es schon irgendwie gut gehen wird. Vielleicht wird der Präsident es nicht unterschreiben oder er wird es unterschreiben, und es geht dann im Kreml verloren, oder es wird sich von selbst in Luft auflösen. Es ist doch Unsinn, das ganze Gelaber, das die Einwohner des Landes untereinander austauschen, jahrelang anzuhäufen. Es ist doch unmöglich, 20 Millionen FSB-Offiziere irgendwo herzubekommen, um in dieser Riesen-Lawine digitaler Informationen nach Gefahren für die nationale Sicherheit zu suchen. Unmöglich ist es auch, im Jahr 2016 die Telekommunikationsbranche in einem Land von 17 Millionen Quadratkilometern einfach so zu vernichten. Der Grad des Wahnsinns dieses Gesetzes ist derart groß, dass die Abgeordneten mit demselben Erfolg über einen Text hätten abstimmen können, der in Altbirmesisch verfasst ist; die praktischen Folgen wären die gleichen.

Nichts aber lässt in dem Gesetz das Spiel eines übergeshnappten Hirns, eine freundschaftliche Charade oder eine soziale Performance vermuten. Es ist das ehrliche Arbeitsergebnis von Menschen, die für unsere Sicherheit verantwortlich sein sollen. Der Gesetzesentwurf wurde von der Vorsitzenden des entsprechenden Ausschusses eingebracht und – da sind sich die Experten einig – nicht ohne Hilfe der Leitung der Geheimdienste entworfen. Die denken ganz ehrlich, dass auf diese Weise die Sicherheit gewährleistet werden kann.

Gleichzeitig wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das aus dem Schoß der Sicherheitsdienste stammt: das Verbot eines Einsatzes von genmanipulierten Organismen. In der Begründung werden keine Gründe für die Notwendigkeit einer Verabschiedung des Gesetzes angegeben, sondern nur, dass es in der Folge einer längst vergangenen Sitzung des Sicherheitsrats im Jahre 2014 entworfen wurde. Das Gesetz hatte ein schweres Los, wurde aber letztendlich angenommen – in den letzten Tagen werden alle Träume der »Silowiki«-Lobby Wirklichkeit. [...]

Es ist sehr schlecht, dass die »Silowiki« gegen eine nicht existierende Gefahr kämpfen, vor allem deshalb, weil sie dadurch nicht gegen reale Gefahren vorgehen können. Vielleicht möchten die Bürger Russlands ja, dass es im Land weniger Gewalttaten und Terroranschläge, keine Korruption und Revolutionen gibt. [...] Wenn Russland, Gott bewahre, eine Revolution drohen sollte, könnten die Sicherheitsdienste diese nicht verhindern. Sie wären mit dem Krieg gegen die Tomaten beschäftigt.

Andrej Babitskij am 1.7.2016 bei »Wedomosti«; <<http://www.vedomosti.ru/opinion/columns/2016/07/01/647558-grezi-natsionalnoi-bezopasnosti>>.

Zwetkow: Es ist nicht so schlimm, wenn Mobilfunkanbieter für die Sicherheit der Bürger zahlen

»Das Gesetz ist richtig und »Arbeit, um Vorsprung zu gewinnen«; es ist eine Antwort auf die modernen Herausforderungen und Bedrohungen. Zweifellos läuft eine intensive PR- und Lobby-Kampagne von Mobilfunkanbietern, die keine zusätzlichen Kosten tragen möchten. Man kann sie verstehen: Ihre Sache ist es, Geld zu verdienen. Andererseits ist es nichts Schlimmes, wenn sie einen Teil ihres Gewinns unmittelbar für die Speicherung von Daten aufwenden, die wichtig sind, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten. [...]

Anton Zwetkow am 7.7.2016 in einem Interview der »Iswestija«; <<http://izvestia.ru/news/621300>>.

Wolkow: Das ist ein Schritt gegen Messenger

»Putin hat nicht nur das Jarowaja-Paket unterschrieben, er hat außerdem den FSB der Russischen Föderation angewiesen (ich zitiere) »ein Verfahren zur Zertifizierung von Verschlüsselungstechnologien zur Datenübermittlung im Internet auszuarbeiten, wobei ein Verzeichnis der zu zertifizierenden Technologien zu erstellen ist, sowie das Verfah-

ren zur Übergabe der Schlüssel an die für die Sicherheit in der Russischen Föderation zuständige Behörde festzulegen.« (also an den FSB).

Sie geben ganz offen zu, worin das Ziel des Jarowaja-Pakets besteht. Es ist vor allem ein Feldzug gegen Messenger-Dienste, ein Versuch, ein vollständiges System zur Überwachung der Korrespondenz über Messenger und soziale Netzwerke zu schaffen. Dafür muss ein bestimmtes »neues« Zertifizierungssystem für Verschlüsselungstechnologien geschaffen und das Sammeln der Schlüssel organisiert werden (das ist technisch unmöglich, aber wen interessiert das schon!).
Leonid Wolkow am 7.7.2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/leonid.m.volkov/posts/1125592744130024>>.

Nawalnyj: Unterschriften gegen Verrat und Sabotage

»Das Jarowaja-Paket ist nicht einfach nur eine Sammlung schlechter und schädlicher Gesetzesentwürfe. Es ist ein verätherischer Akt gegen unser Land und eine Sabotage gegen die Wirtschaft, die Bürger und die Unternehmen.

Durch das Gesetzespaket wird Telekommunikation teurer und schlechter. Die Unternehmer verlieren Einnahmen, die Mitarbeiter Geld – wir alle werden tiefer in die Taschegreifen müssen.

Und das ist nicht nur die Überlegung eines Couch-Analytikers; das ist die Meinung der Unternehmen selbst, darunter auch von Staatsunternehmen.

Die Telefonate und die private Korrespondenz aller werden komplett aufgezeichnet und zum Objekt eines einfachen Zugriffs sowohl durch die Gauner aus den Geheimdiensten als auch durch normale Gauner, die Ihnen aus kommerziellen Motiven oder einfach aus Neugier nachspionieren wollen.

Deswegen muss man sich gegen das »Jarowaja-Paket« einsetzen, dagegen demonstrieren und Unterschriften sammeln.[...]

Alexej Nawalnyj am 11.7.2016; <<https://navalny.com/p/4950/>>.

NOTIZEN AUS BREMEN

Ein Obskurant und Philanthrop

Die Geschäfte des Herrn Wladimir Iwanowitsch Jakunin

Hans-Henning Schröder, Bremen

»Die Falle«

Im Jahre 2010 erschien in Moskau ein Buch mit dem Titel »Die Falle«, das darüber informieren wollte, mit welchen »Technologien« der »Westen« die russische Staatlichkeit zu untergraben versuche. In der Zusammenfassung hieß es:

»Die durchgeführte Analyse erhärtet die aufgestellte Hypothese, dass der geopolitische Konflikt zwischen den Staaten in eine neue technologische Phase getreten ist. Russland befindet sich im Epizentrum der internationalen Zivilisationsbrüche. Die Logik ist rekonstruiert, die Existenz eines westlichen Projekts und die Tatsache des Kampfes gegen die russländische Staatlichkeit ist nachgewiesen.«

Das Buch listet die »Technologien« auf, die »der Westen« angeblich einsetzt, um die russische Staatlichkeit zu untergraben. Dazu gehören: Medienpropaganda gegen traditionelle Werte der Orthodoxie, weltanschaulicher Pluralismus, Verbreitung von Ideologien, die den Aufga-

ben der Entwicklung Russlands widersprechen, die Auflösung der zivilisatorischen Identität, Entwertung des Begriffes »Volk« (»narod«), Anstiftung ethnischer Konflikte, Durchsetzung von Konsumorientierung, die Orientierung auf die »Kernfamilie« statt der Großfamilie, die Auflösung der traditionellen Geschlechterrollen, die Zerstörung des traditionellen Bildungssystems, die Zerstörung der nationalen Wissenschaftsschulen, die Zerstörung der Vorstellung von der Kontinuität der russischen Geschichte durch Diffamierung einzelner Phasen der russischen Geschichte, postmoderne Auflösung der Grenze zwischen Gut und Böse, die Absenkung des Einkommens der Bevölkerung u. v. a. m. Aus der Aufzählung wird deutlich, was »Die Falle« unter den »neuen Technologien des Kampfes gegen die russische Staatlichkeit« versteht und gegen wen sich das Buch eigentlich richtet: gegen den ökonomischen, politischen und sozialen Wandel, gegen alle Erscheinungen der Globalisierung und insbesondere gegen die Öffnung der russischen Gesellschaft gegenüber »dem Westen«.

Als Hauptautor dieser »Monographie« tritt Wladimir Iwanowitsch Jakunin auf, als Koautoren fungieren Stepan Sulakschin und Wardan Bagdasarjan. Sulakschin war von 2006 bis 2013 Generaldirektor des »Zentrums für Problemanalyse und staatlich-administrative Projektierung bei der Abteilung Gesellschaftswissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften«. Wardan Bagdasarjan ist Professor für Politikwissenschaften an der Lomonossov-Universität und ebenfalls am »Zentrum für Problemanalyse« tätig. Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums war Wladimir Jakunin selbst.

Dieses Zentrum veröffentlichte zwischen 2007 und 2010 eine Reihe voluminöser Studien, unter anderem zur Wirtschaftspolitik, zur Bildungspolitik, zur demographischen Krise und zu globalen Prozessen der sozialen Entwicklung. Als Autoren traten stets dieselben drei Personen auf: Jakunin Sulakschin und Bagdasarjan. Gewiss kann man bezweifeln, ob Jakunin an den Bänden tatsächlich mitgeschrieben hat, offenbar legte er aber Wert darauf, nicht nur als Leiter des Zentrums, sondern auch als Autor wahrgenommen zu werden, und als Vertreter einer Weltanschauung, die »westliche« Muster verwirft, die Rückbesinnung auf sowjetische und russische Traditionen einfordert. In einem europäischen Diskurs würde man jemanden, der solch nationales Geschwurbel veröffentlicht, wohl als Obskuranten bezeichnen.

Ein Mann mit vielen Talenten ...

Wladimir Iwanowitsch Jakunin (*1948) stammt aus einer Offiziersfamilie. Der Vater diente bei den Luftstreitkräften. Der Sohn wuchs in Leningrad auf und studierte dort Flugzeugbau. Nach seinem Wehrdienst (1975–77) arbeitete er zunächst im Außenwirtschaftskomitee beim Ministerrat (1977–1982, dann als Leiter der internationalen Abteilung des physikalisch-technischen Joffe-Instituts der Akademie der Wissenschaften (1982–1985) und danach in der sowjetischen Vertretung bei der UNO (1985–1991). Zuletzt hatte er den Rang eines »Ersten Sekretärs« inne. Alle drei genannten Posten sind mögliche KGB-Verwendungen, und so nimmt es nicht wunder, dass die Medien unterstellen, Jakunin habe in dieser Phase seiner Biographie dem KGB angehört, sei Offizier der technischen Auslandsaufklärung gewesen und habe eine KGB-Hochschule absolviert. Angeblich war der höchste Rang, den er je erreichte, der eines Ingenieur-Hauptmanns. In seiner offiziellen Biographie taucht diese Beziehung zum Geheimdienst allerdings nicht auf.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 verließ Jakunin den Staatsdienst und agierte in St. Petersburg als Geschäftsmann. Spätestens in dieser Phase trat Jakunin in eine engere Beziehung zu Wladimir Putin. Ende 1996 war er neben Putin eines der Grün-

dungsmitglieder der Datschen-Kooperative »Osero«. Im April 1997 wurde er dann zum Leiter der Inspektion Nordwest der Hauptkontrollabteilung (GKU) der Präsidialverwaltung ernannt. Im Jahr 2000 wechselte er in das Transportministerium, übernahm Führungspositionen in Verkehrsunternehmen und wurde 2002 Stellvertretender Verkehrsminister. Mit der Privatisierung der russischen Bahn 2003 übernahm er das Amt des Ersten Vizepräsidenten der Gesellschaft. Im Oktober 2005 stieg er zum Präsidenten des Unternehmens auf, ein Amt, das er bis zu seinem Rückzug im August 2015 innehatte. Sein geschätztes Einkommen betrug im Jahre 2013 15 Mio. US-Dollar.

Neben seiner Karriere als Unternehmer und in der staatlichen Administration war Jakunin auch im »Stiftungsgeschäft« und im akademischen Milieu aktiv. Als Professor lehrt er Politikwissenschaft an der Moskauer Lomonossow-Universität.

Wladimir Jakunin erscheint als ein Mann mit vielen Talenten. Wahrscheinlich stammt er aus dem Milieu der Auslandsspionage, mußte aber nach 1991 auf eigene Faust für sein Fortkommen sorgen. Dies tat er, indem er unternehmerische Tätigkeit geschickt mit Positionen in der Verwaltung verband. Er fand Anschluss an Wladimir Putin, der seit 1991 einflussreiche Positionen in der Petersburger Administration einnahm. Jakunin gehört also zu den »Petersburgern«, die im Gefolge Putins nach Moskau kamen und dort Karriere machten. Was ihn von anderen Angehörigen des engeren Kreises unterscheidet, ist sein starkes Interesse an nationaler Ideologie. Parallel zu der lukrativen kommerziell-administrativen Tätigkeit betrieb Jakunin denn auch eine breite nationalpatriotische Bildungs- und Beratungsarbeit.

Aufstieg und Fall eines »Bahnchefs«

In der zweiten Amtszeit Putins stieg Jakunin rasch in den engeren Führungszirkel auf. Als »Petersburger«, der im Gefolge Putins nach Moskau gekommen war und als ehemaligem Geheimdienstler schrieb man ihm erheblichen Einfluss zu. Es ist unklar, welcher der Elitengruppen um den Präsidenten er zuzurechnen ist. Gewöhnlich wird er in einem Atemzug mit den Vorsitzenden anderer Staatskonzerne genannt. Man bringt ihn auch in Zusammenhang mit Jurij Kowaltschuk, einem weiteren Mitglied der Datschengenossenschaft »Osero« und Vorstandsvorsitzenden der Bank »Rossija«, an der wiederum Jakunin beteiligt ist. Außerdem werden ihm enge Verbindungen zur Orthodoxen Kirche nachgesagt.

Er hatte aber offenbar auch mächtige Gegner, die sich alle Mühe gaben, den Bahnchef und Ideologen Jakunin zu demontieren. Im Juni 2013, publizierte der oppositionelle Blogger Aleksej Nawalnyj einen Bericht über »Jakunins Datsche«, eine luxuriöse Anlage in der

Nähe von Domodedowo mit einem 50m-Schwimmbekken und einer Garage für 15 Fahrzeuge, u. a. einem Maybach. Nawalnyj schrieb: »Jakunin ist ein Patriot und verehrt die Tradition, aber schon Saltykow-Schtschedrin hat festgestellt: In allen Ländern dienen die Eisenbahnen dem Verkehr, bei uns aber darüber hinaus auch dem Diebstahl«. Der detaillierte Bericht, mit zahlreichen Photos illustriert, unterstellte dem Eisenbahnchef mißbräuchliche Mittelnutzung und Korruption. Die »Nowaja Gaset«¹, die das Thema aufgriff, wusste zu berichten, dass das Gelände einer *off shore*-Firma gehörte, die auch Verbindung zu Jakunins beiden Söhnen hatte. Wer Nawalnyj und der »Nowaja Gaset«¹ das Material und die Informationen zugespült hat, bleibt offen, doch der Verdacht liegt nicht fern, dass Gegner Jakunins in der Elite dabei ihre Hand im Spiel hatten. Wenige Tage danach wurde die Nachricht verbreitet, Jakunin sei abgelöst. Der Pressesprecher des Präsidenten dementierte dies aber umgehend. Jakunins Position war zunächst einmal gesichert.

In Schwierigkeiten geriet Jakunin aber Anfang 2015, als wegen der Einsparungspolitik der »Russischen Eisenbahnen« (RShD) in 20 Regionen Probleme mit den Vorortzügen auftraten. Jakunin schob die Schuld auf die Regionalverwaltungen, die diesen Vorwurf ihrerseits zurückwiesen und auf die RShD verwiesen. Da die Einschränkungen bei den Vorortzügen große Teile der Bevölkerung betrafen, wurde heftige Kritik an der Bahn geübt. Erst auf Anweisung von Präsident Putin gab Jakunin nach und ließ den Verkehr auf den eingestellten Vorortlinien im Juli 2015 wieder aufnehmen.

Kurz danach gab Jakunin bekannt, dass er beabsichtige, das Amt des Präsidenten der RZD aufzugeben und als Senator des Gebiets Kaliningrad in den Föderationsrat zu wechseln. Der Versuch, durch den eigenen Rückzug und den Wechsel in ein anderes Amt das Gesicht zu wahren, schlug fehl. Jakunin trat zwar zurück, die Hoffnungen, eine Funktion im Föderationsrat übernehmen zu können, erfüllten sich jedoch nicht.

Jakunin als nationaler Propagandist

Doch, wer in Russland einmal in den engeren Kreis der Machtelite aufgestiegen ist, der wird auch im Falle des Scheiterns nicht völlig fallen gelassen. Zwar verlor Wladimir Jakunin im August 2015 seine herausgehobene Stellung, er verfügte aber weiter über sein Vermögen und kontrollierte eine Reihe von Stiftungen.

Die Sankt Andreas-Stiftung

Eine enge Verbindung gab es seit langem zur Sankt Andreas-Stiftung, die 1992 gegründet worden war. Im Jahre 2001 entstand im Rahmen dieser Stiftung das »Zentrum für nationalen Ruhm«, an dessen Spitze von

Anfang an Jakunin stand. Die Sankt Andreas-Stiftung gibt es zweimal – einmal in Moskau (<http://fap.ru/about/>), zum anderen seit 2013 auch in Genf (<http://www.st-andrew-foundation.org/en/>). In Genf residiert die Stiftung bei einem Finanzdienstleister namens Salamander Suisse (Rue du Rhone 56, 1204 Geneva, Switzerland). Dem Stiftungsrat gehören 2016 sechs Personen an (s. Tabelle 3 auf S. 25). Die Genfer Stiftung war wohl eher eine Briefkastenfirma, in deren Leitung vor allem Finanzdienstleister vertreten sind. Dass diesem Personal das Stiftungsziel, die Wahrung des russischen nationalen Erbes, besonders am Herzen liegt, ist eher unwahrscheinlich. Sie verfügen aber über große Kompetenz bei der Bereitstellung von Dienstleistungen im Bankenbereich und der Finanzadministration. Anscheinend geht es in Genf vor allem um die Verwaltung von Kapital. Die inhaltliche Arbeit wird in der Moskauer Stiftung geleistet, die rechtlich keine direkte Verbindung zu der Schweizer Struktur hat.

Der »Dialogue of civilizations« und das DOC Research Institute

Eine der internationalen Initiativen, die Jakunin betreibt, ist das »World Public Forum (WPF) Dialogue of Civilizations« (DoC; <http://www.wpfdc.org/>). Gegründet wurde der Dialog im Jahre 2002 von Jakunin gemeinsam mit dem indischen Unternehmer Jagadish Kapur und dem US-Businessman Nicholas F.S. Papanicolaou. Ziel ist es, den interkulturellen Dialog zu fördern und zur besseren gegenseitigen Verständnis beizutragen. Das europäische Hauptquartier befindet sich noch in Wien, das russische in Moskau. 2016 kündigte der DoC die Gründung eines eigenen Forschungsinstituts (<http://doc-research.org/en/>) und die Verlegung der Aktivitäten nach Berlin an.

Man darf nicht übersehen, dass Jakunin mit dem *think tank*-Projekt auch nach innen wirken will. Nach dem wenig ehrenvollen Hinauswurf aus den RShD suchte er Anfang 2016 wieder die Nähe zu Präsident Putin. Jakunin schlug ihm die Gründung eines unabhängigen Analyse-Zentrums vor, das sich mit der internationalen Lage auseinandersetzen sollte. Mit dem Präsidenten im Rücken will Jakunin offenbar auf die außenpolitische Diskussion in Russland einwirken. Das würde erklären, warum er den »Dialog« in ein Forschungsinstitut umwandelt und dies in Berlin platziert, dem Ort, der in russischen Augen eine besondere Rolle in der europäischen Politik spielt.

Er knüpft damit an die Beratungsaktivitäten an, die er bereits 2008–2010 für andere Politikfelder entwickelt hatte. Im April 2016 trat er mit einer Studie über die Steuerung der russischen Wirtschaft unter den Bedingungen internationaler Turbulenzen hervor, die das von

Jakunin gegründete Zentrum für die Analyse von Wirtschaftspolitik der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität gemeinsam mit dem DoC herausgegeben hatte. Ein weiterer Bericht war der internationalen militärischen Präsenz der USA gewidmet. Dieser wurde von einem »Zentrum für die Erforschung von Gesellschaft in der Krise« (<http://centero.ru/>) gemeinsam mit dem DoC ausgearbeitet. Beide Initiativen machen deutlich, dass Jakunin den »Dialog« nutzt, um seinen Beratungsangeboten in Moskau ein höheres Gewicht zu verleihen.

Der »orthodoxe Tschekist«

Wladimir Jakunin ist eine schillernde Figur, die im Kielwasser Putins Karriere gemacht und ein Vermögen zusammengetragen hat. Er ist insofern untypisch, als er sich, anders als andere »Oligarchen«, nicht nur seinen Geschäften widmet, sondern von Anfang ein großes Interesse an rechtsnationalen Ideen entwickelte, und die Nähe zur Russischen Orthodoxen Kirche gesucht hat. Das und die Vermutung, dass er Angehöriger des KGB war, hat ihm den ironischen Beinamen eines »orthodoxen Tschekisten« eingebracht. Er selbst bezeichnet sich angesichts seiner vielfältigen Stiftungsaktivitäten lie-

ber als »Philanthropen« und schweigt sich über seine Geheimdienstzugehörigkeit aus.

Trotz seiner großen Nähe zu Putins engerem Zirkel war der unmittelbare Einfluss Jakunins auf die russische Politik begrenzt und ist nach seiner Ablösung noch weiter zurückgegangen. In den Medwedew-Jahren, als Jakunin mit antiwestlichen, antidemokratischen und antimarktwirtschaftlichen Positionen hervortrat, sind seine Aktivitäten praktisch folgenlos geblieben. Erst ab 2012, als Putin in seiner dritten Amtszeit versuchte, über nationale Mobilisierung Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen, hatten nationalkonservative Weltbilder, wie Jakunin sie schon vorher propagierte, wieder Konjunktur. Das hat dem Präsident der russischen Eisenbahnen aber nicht vor der Entlassung aus seinem Amt bewahrt.

Jakunin hat sich von seiner Kaltstellung jedenfalls nicht einschüchtern lassen. Er versucht, Einfluss zurückzugewinnen und sich dem Präsidenten mit seinem »Dialog der Zivilisationen« nützlich zu machen. So ist wohl auch die Initiative zur Gründung des Berliner Instituts zu verstehen, dessen »Launch« am 1. Juli 2016 im Humboldt Carré in Berlin stattfand.: Jakunin sucht eine Rolle in der russischen Politik. Sein Beitrag zur russischen Staatspropaganda im Ausland soll ihm dazu verhelfen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

Veröffentlichungen des »Zentrums für Problemanalyse und staatlich-administrative Projektierung bei der Abteilung Gesellschaftswissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften« in den Jahren 2007–2010 mit Jakunin als Autor:

- Jakunin, V. I.; Sulakšin, S.S.; Bagdasarjan, V.É. u. a. (Redaktion S.S. Sulakšin): Gosudarstvennaja politika vywoda Rossii iz demografičeskogo krizisa [Die staatliche Politik zur Überwindung der demographischen Krise Russlands], Moskva: ZAO Izdatel'stvo »Ékonomika« / Naučnyj ékspert, ²2007, 888 S. <<https://www.hse.ru/pubs/share/direct/document/64308877>>, 10. Juli 2016.
- Jakunin V.I., Sulakšin S.S., Bagdasarjan V.É., Netesova M.S.: Obrazovanie kak faktor ékonomičeskogo razvitija [Bildung als Faktor der ökonomischen Entwicklung], Moskva: Naučnyj ékspert 2008, 104 S. <<http://rusrand.ru/files/13/07/17/130717093134Obrazovanie.pdf>>, 10. Juli 2016.
- Yakunin, V.I./ [Jakunin, V.I.]; Bagdasaryan, V.E./ [Bagdasarjan, V.É.]; Sulakshin, S.S./ [Sulakšin, S.S.]: Economic Policy Ideology, Moscow: Nauchnyi expert 2009 (= <<http://s3.amazonaws.com/zanranstorage/www.rusrand.ru/ContentPages/2471658645.pdf>>, 11. Februar 2015), 256 S.
- Jakunin V. I., Bagdasarjan V. É., Kulikov V. I., Sulakšin S. S.: Variativnost' i cikličnost' global'nogo social'nogo razvitija čelovečestva [Varianz und Zyklizität der globalen sozialen Entwicklung der Menschheit], Moskva: Naučnyj ékspert 2009, 464 S. <<http://rusrand.ru/files/13/07/22/130722024320Variativnost.pdf>>, 10. Juli 2016.
- Jakunin, Vladimir; Bagdasarjan, Bardan; Sulakšin, Stepan: Zapadnja. Noveye tehnologii bor'by s rossijskoj gosudarstvennost'ju [Die Falle. Neue Technologien des Kampfes gegen die russische Staatlichkeit], Moskva: Éksmo / Algoritm 2010, 432 S.

Tabelle 3: Der Stiftungsrat der Sankt Andreas-Stiftung. Endowment for St. Andrew the First-Called Foundation. Mitglieder und Zeichnungsberechtigte

Mitglieder und Zeichnungsberechtigte	Funktionen	Zeichnungsart	[Erläuterung]
Yakunina Natalia Viktorovna, de la Fédération de Russie, à Saint-Petersbourg, RUS	membre* présidente	signature collective à 2	Ehefrau Jakunins
Yakunin Vladimir, de la Fédération de Russie, à Moscou, RUS	membre* vice-président	signature collective à 2	
Frischknecht René, de Schwellbrunn, à Maur	membre* secrétaire signature individuelle		Vontobel-Bank, Besitzer von Swisspath AG, einem Züricher Finanzdienstleister; früher u. a. Erster Vizepräsident der Dresdner Bank (Switzerland)
Grigorieff Alexis, de France, à Paris, F	membre*	signature collective à 2	Finanzdienstleister in Paris
Lozé Bernard, de France, à Paris, F	membre*	signature collective à 2	Seit 2008 Präsident von »LOZE PARTNERS VOSTOK – LPV SAS, Paris – Conseil en fusions et acquisitions«
Donskoff Simeon, de la Fédération de Russie, à Genève	membre*	signature collective à 2	Erzbischof von Genf und Westeuropa, Russische Orthodoxe Kirche außerhalb Russlands
Yakushev Mikhail, de la Fédération de Russie, à Moscou, RUS	membre*	signature collective à 2 (gelöscht)	2004–2008 Vizepräsident der Sankt Andreas-Stiftung und des Zentrums für nationalen Ruhm; 2008–? Erster Vizepräsident
Fiduciaire Tecafin SA (CH-660-0273973-8), à Genève	organe de révision		

Auszug aus dem Genfer Handelsregister:

Endowment for St. Andrew the First-Called Foundation. inscrite le 06 août 2013. Fondation. Registre du Commerce du Canton de Genève. *Internet-Auszug (suchabfrage vom 03.07.2016 um 17:44 [Stand: 01.07.2016]) (Eintrag Handelsregister Schweiz <www.zefix.ch>); ergänzt durch eigene Anmerkungen über die Mitglieder des Gremiums.*

1. – 14. Juli 2016

01.07.2016	In Sotschi beginnt eine Tagung des Rats der Außenminister (russ. Abk.: SMID) der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, an der für Russland Außenminister Sergej Lawrow teilnimmt.
01.07.2016	Der finnische Präsident Sauli Niinistö empfängt Präsident Wladimir Putin auf dem Sommersitz Kultaranta bei Turku zu einem Arbeitsbesuch. Es ist das erste Treffen der beiden Staatsechefs seit drei Jahren. Thema der Zusammenkunft sind die internationalen Entwicklungen, eine mögliche Mitgliedschaft Finnlands in der NATO und Flugbewegungen von Militärflugzeugen in der Ostseeregion. Niinistö schlägt vor, dass beim Überflug alle Maschinen zur Identifizierung Transponder benutzen.
01.07.2016	Der Europäische Rat gibt offiziell bekannt, dass nach einer erneuten Bewertung der Umsetzung der Minsker Abkommen die Sanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2017 verlängert werden.
01.07.2016	Ein großes Löschflugzeug verschwindet auf seinem Rückflug von Löscharbeiten im Gebiet Irkutsk vom Radar. Nach zweitägiger Suche wird das abgestürzte Flugzeugwrack an einem bewaldeten Berghang etwa 650 Kilometer nordöstlich der Gebietshauptstadt Irkutsk gefunden. Alle zehn Flugzeuginsassen sind bei dem Absturz ums Leben gekommen.
02.07.2016	Auf Initiative der deutschen Seite führen die Außenminister Russlands und Deutschlands, Sergej Lawrow und Frank-Walter Steinmeier, ein Telefongespräch über die Arbeit im Normandie-Format über die Erfüllung der Minsker Abkommen. Darüber hinaus wurde über die Regulierung des Konflikts um Berg-Karabach gesprochen.
02.07.2016	Auf US-amerikanische Initiative hin führen die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, ein Telefonat über die Zusammenarbeit der beiden Länder bei der Bewältigung des Syrienkonflikts.
02.07.2016	Der stellvertretende Vorsitzende der Oppositionspartei »Parnas«, Ilja Jaschin, lässt sich nicht auf der Kandidatenliste der Partei für die anstehenden Wahlen zur Staatsduma setzen. Als Grund nennt Jaschin das aktuelle Parteiprogramm und den Modus der Aufstellung der Kandidatenliste der Partei, weswegen die Partei wichtige Mitstreiter verloren habe.
03.07.2016	Das Olympische Komitee Russlands (OKR) und 68 russische Leichtathleten reichen beim Internationalen Sportgerichtshof (CAS) in Lausanne eine Sammelklage gegen den Internationalen Leichtathletikverband (IAAF) wegen des Ausschlusses russischer Sportler von den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro ein.
04.07.2016	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, mit dem die Tätigkeiten von nichtkommerziellen Organisationen (NKO), die »nützliche Dienstleistungen« für die Gesellschaft anbieten, unterstützt werden sollen. Das Gesetz führt den Status »Anbieter gesellschaftlich nützlicher Dienstleistungen« ein, den jedoch keine Organisation erlangen kann, die als »ausländischer Agent« eingestuft ist.
04.07.2016	Die stellvertretende Sportministerin Natalja Parschikowa unterzeichnet eine Konvention zur Verbesserung der Sicherheit bei Fußballspielen. Neben Russland unterzeichnen 13 weitere Staaten des Europarates diese Konvention. Das Abkommen soll unter anderem die Kooperation der Polizeibehörden und den Dialog zwischen lokalen Behörden, Fußballvereinen und Fans fördern.
04.07.2016	Das Außenministerium schließt in Reaktion auf vorherige Maßnahmen Polens ebenfalls den Grenzverkehr zwischen dem Gebiet Kaliningrad und dem benachbarten Polen.
05.07.2016	In Moskau nehmen mehr als 200.000 Muslime an den öffentlichen Veranstaltungen anlässlich des Opferfestes teil, bei dem das Ende des Fastenmonats Ramadan gefeiert wird.
05.07.2016	Die Regierung stimmt dem Vorschlag des Finanzministeriums zu, die nominalen Ausgaben des Föderalen Haushalts für drei Jahre einzufrieren.
06.07.2016	Präsident Wladimir Putin führt mit dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama ein Telefongespräch über die Regulierung der Konflikte um Berg-Karabach, in Syrien und in der Ukraine.
06.07.2016	In St. Petersburg nehmen die Sicherheitsbehörden den Kandidaten der Oppositionspartei »Parnas« Daniil Ken während der Unterschriftensammlung für seine Nominierung für die Gesetzgebende Versammlung von St. Petersburg fest.
07.07.2016	Die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilova, erklärt nach einem Treffen mit Botschaftern aus Ländern der Europäischen Union, dass die Akkreditierung von Journalisten für die Berichterstattung bei den Wahlen erleichtert werden soll. Zusätzlich dürfen neuen Regelungen zufolge, die am 11. Juli verabschiedet werden sollen, Journalisten bei der Stimmauszählung anwesend sein.

08.07.2016	In Warschau beginnt ein zweitägiges Gipfeltreffen der NATO. ein wichtiges Thema sind die zukünftige Positionierung des Bündnisses und die Strategien gegenüber Russland. Ein Beschluss des Treffens sieht vor, vier multinationale Bataillone in Polen, Estland, Lettland und Litauen zur Erhöhung der Sicherheitslage im Osten des Bündnisses zu stationieren.
08.07.2016	Präsident Wladimir Putin bespricht in einer Telefonkonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande die angestiegene Zahl der Verletzungen der Waffenruhe im Donbass und die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets.
08.07.2016	In Syrien wird nahe Palmyra ein russischer Kampfhubschrauber von der Terrormiliz »Islamischer Staat« abgeschossen. Zwei russische Militärangehörige werden dabei getötet.
10.07.2016	Das russische Außenministerium kritisiert die Aufrüstungsbeschlüsse des Nato-Gipfels und bezeichnet sie als den Versuch einer Dämonisierung Russlands.
10.07.2016	Präsident Wladimir Putin besucht das Kloster Walaam auf der gleichnamigen Insel im Ladogasee und nimmt an einem Gottesdienst teil, den Patriarch Kirill zelebriert.
10.07.2016	Der internationale Leichtathletikverband (IAAF) lehnt 67 Anträge russischer Sportler zur Teilnahme an den Olympischen Spielen in Brasilien ab. Nur der Antrag von Darja Klischina wird bewilligt. Am 1. Juli war auch der Läuferin Jelena Stepanowa eine Teilnahme erlaubt worden.
11.07.2016	Außenminister Sergej Lawrow reist für einen zweitägigen Arbeitsbesuch nach Baku und führt Gespräche mit dem Präsidenten Aserbaidshans, Ilham Alijew, über den Friedensprozess zum Konflikt um Berg-Karabach.
12.07.2016	Die USA stimmen der Vereinbarung zwischen Präsident Wladimir Putin und dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö zu, Flüge von Kampfflugzeugen mit ausgeschalteten Transpondern über der Ostsee zu untersagen.
13.07.2016	In Brüssel tagt der NATO-Russland Rat. Zentrales Thema ist der Beschluss der Allianz, ihre Militärpräsenz in Polen und den baltischen Staaten aufzustocken.
13.07.2016	Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage führt Präsident Wladimir Putin ein Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande über den Krieg im Osten der Ukraine und die Umsetzung der Minsker Abkommen. Putin wirft der ukrainischen Seite vor, im Donbass bewohnte Gebiete beschossen zu haben.
14.07.2016	Der US-amerikanische Außenminister John Kerry reist für Gespräche mit der russischen Regierung über die Konflikte in Syrien und der Ukraine nach Moskau.
14.07.2016	In St. Petersburg beginnt der 15. Petersburger Dialog; er findet seit 2012 erstmals wieder statt. Zentrales Thema der Konferenz sind die derzeit angespannten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Mehr als 250 hochrangige deutsche und russische Vertreter aus Kultur, Wissenschaft, Politik, Religion und Wirtschaft nehmen an dem Treffen teil.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

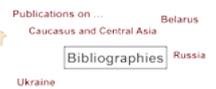
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php